

Wissenschaft
& Arbeitswelt



Dialog

Nr. 06 2009

Dokumentation

Materialien

Berichte

Bochum global



Ruhr-Universität Bochum
Gemeinsame Arbeitsstelle RUB/IGM

<i>Manfred Wannöffel, Daniela Tieves</i> Vorwort	3-7
<i>Jürgen Mittag</i> „Keiner fällt ins Bergfreie“ Der sozialpolitische Umgang mit dem Zechensterben im Ruhrgebiet	8-16
<i>Werner Oesterheld</i> Der „KIK“ der Globalisierung	17-22
<i>Manfred Wannöffel</i> Nokia und der Standortwettbewerb in der EU Institutionen des „Europäischen Sozialmodells“ sind unterentwickelt	23-27
<i>Veronika Dehnen</i> Europäische Solidarität im internationalen Wettbewerb Die Rolle von Europäischen Betriebsräten bei Restrukturierungsprozessen am Beispiel von Opel	28-34
<i>Manfred Wannöffel</i> Mit einem europäischen Produktionsmodell und dem Ausbau der Mitbestimmung aus der Krise: das Beispiel Opel	35-39
<i>Jochen Dallmer</i> Die Stadtführung zum Thema Konsum & Globalisierung	40-46
Autorenverzeichnis	47

Vorwort

Manfred Wannöffel, Daniela Tieves

Die Auseinandersetzung mit den sozialpolitischen Gestaltungsoptionen der wirtschaftlichen Globalisierung erreicht in der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise einen neuen Höhepunkt. Im Vorfeld bot bereits insbesondere die Schließung des NOKIA-Standortes in Bochum 2008 Anlass zur vertieften Diskussion entsprechender Reaktions- aber auch Aktionsmöglichkeiten in der regionalen Öffentlichkeit. Als Folge war daraufhin im Frühjahr des vergangenen Jahres das Thema der Gestaltung wirtschaftlicher Globalisierung Bestandteil der Vortragsreihe der evangelischen Kirchengemeinde Bochum, in deren Rahmen die Gemeinsame Arbeitsstelle RUB/IGM am 28. Mai 2008 einen Vortrag unter dem Titel „Risiken und (Neben-)Wirkungen der Globalisierung“ beitrug. Die Idee, provoziert durch die gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen um die Schließung des NOKIA-Standortes einen sozialpolitischen GlobalisierungsStadttrundgang in Bochum durchzuführen, wurde in diesem Rahmen diskutiert und konkretisiert.

Das Konzept des GlobalisierungsStadttrundgangs Bochum global ist angelehnt an die Stadtführungen des Projektes ‚Konsum global‘. Dieses bietet Stadtführungen zum Thema nachhaltiger Konsum an, die sich hauptsächlich an Schülerinnen und Schüler sowie an interessierte Jugendliche richten¹.

In diesem Kontext entwickelte sich die Idee eines GlobalisierungsStadttrundgangs in Bochum weiter. Ziel des Rundganges sollte es sein, mit den Teilnehmenden die Stadt Bochum als ihr direktes Lebensumfeld unter besonderer Berücksichtigung der Auswir-

kungen der Globalisierung und des Umganges mit diesen im Ruhrgebiet zu erörtern. Der so ermöglichte sozialpolitische Blickwinkel auf die Stadt, über alltägliche Betrachtungen hinausgehend, fokussiert dabei auf die Gestaltbarkeit globaler Wirtschaftsprozesse wie auch die sozialpolitischen Reaktionsmöglichkeiten. Um die vielfältigen Facetten dieser gesellschaftspolitischen Aspekte aufzuzeigen, wurden Stationen in Bochum ausgewählt, die einen Einblick in die Thematik bieten. Das so konzipierte Angebot richtet sich in erster Linie an Studierende und Beschäftigte der Ruhr-Universität Bochum, insbesondere ausländische Studierende und Lehrende des ökumenischen Studienkollegs, wie auch an Gewerkschafter. Der Rundgang wurde am 7. Februar 2009 durchgeführt.

Die Komplexität des Themas an sich wie auch die zahlreichen Verflechtungen der Stationen und ihrer Geschichte machten zwei Aspekte in der Planung essentiell: Zum einen sollten die Stationen mit Referentinnen bzw. Referenten aus der Arbeitswelt und der Wissenschaft besetzt werden, um gleichermaßen alltagspraktische wie akademische Inhalte aufbereiten und in die Diskussion mit den Teilnehmenden einbringen zu können. Diese Besetzung entspricht dem Grundgedanken der Gemeinsamen Arbeitsstelle, Arbeitswelt und Wissenschaft zu verknüpfen und die entstehenden Synergien zu nutzen. Zum anderen war eine Komplexitätsreduktion notwendig, die es ermöglichte, an nur einem Tag auf dem Weg durch Bochum sowohl die lebensweltlichen Bezüge der Teilnehmenden einzubeziehen als auch eine gemeinsame Diskussionsbasis mit den Referentinnen und Referenten zu schaffen.

¹ Mehr Informationen zu Konsum global und den teilnehmenden Städten finden sich im Internet unter www.konsum-global.de und im Beitrag von Jochen Dallmer.

Als Ausgangsstation für den GlobalisierungsStadtrundgang wurde als historische Stätte des Bergbaus die Zeche Hannover in Bochum-Hordel gewählt. Der Bergbau weist sich durch seine starke regionale Verwurzelung und seine Beiträge zur Identitätsbildung des Ruhrgebiets als idealer Ausgangspunkt für die beabsichtigte Betrachtung und Debatte aus. An den wirtschafts- und sozialpolitischen Auswirkungen, die die internationalen Verflechtungen der betroffenen Märkte auf diesen Industriezweig hatten, zeigen sich bereits in historischer Perspektive die regional bedeutsamen Abhängigkeiten im Kontext wirtschaftlicher Globalisierung. Darüber hinaus stellt die Akteurskonstellation, die in der regionalen Verarbeitung der Zechenschließungen und des dadurch eingeleiteten Strukturwandels kooperierte, ein charakteristisches Merkmal für den regionalen Umgang mit derartigen Problemstellungen im Ruhrgebiet dar. Dabei waren neben den Unternehmen selbst verschiedene politische Ebenen (Kommunen, Land, Bund), die Gewerkschaften und eine regionale Öffentlichkeit in besonderer Weise involviert. Vor der Kulisse der Fördermaschine gab der ehemalige Steiger Bernhard Janicki² Einblicke in die historische Entwicklung der Zeche Hannover. Dies wurde ergänzt durch die Ausführungen von Dr. Jürgen Mittag, dessen Vortrag sich in schriftlicher Form in dieser Dialogausgabe befindet.

Er widmet sich in seinem Beitrag „Keiner fällt ins Bergfreie“ der Geschichte des Bergbaus und den sozialpolitischen Maßnahmen während der Bergbaukrise. Ausgehend von der Zeche Hannover schildert er die historische Entwicklung des Bergbaus im Ruhrgebiet und geht dabei sowohl auf

die industriellen Entwicklungen in dieser Branche als auch auf die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Region ein. Einen Schwerpunkt in der Analyse legt er auf die sozialpolitischen Maßnahmen, die die Zechenschließungen begleiteten. Abschließend diagnostiziert er die spezifischen Konfliktregelungen im Ruhrgebiet als einen „sozialpolitischen Schulterschluss“.

Nach diesem regionalen Auftakt sollte mit der zweiten Station sowohl der Blick in den internationalen Raum geöffnet werden als auch die persönliche aktuelle Einbezogenheit der Teilnehmenden in und ihre Einflussmöglichkeiten auf transnationale Produktionsprozesse aufgegriffen werden. Zur Veranschaulichung dieser Aspekte wurde eine Station des alltäglichen Konsums, festgemacht am Beispiel eines Textildiscounters, gewählt. Nicht nur in den regionalen teils branchen-, teils unternehmensgebundenen Konflikten werden die Auswirkungen globaler wirtschaftlicher Verflechtungen sichtbar, auch in den alltäglichen Konsumzusammenhängen und in der sozialen Realität der Beschäftigten in Deutschland lassen sich diese wieder finden. Besonders deutlich wird diese Doppelkonsequenz am Beispiel der Textilindustrie im Bereich der Discounter: Untersuchungen zu internationalen Einkaufsstrategien und dem Aufschwung der Textilverkäufe in den Filialen der Discount-Ketten in Deutschland finden sich u.a. in der Studie der Kampagne für ‚Saubere‘ Kleidung „Wer bezahlt unsere Kleidung bei Lidl und Kik?“³. Für dieses Beispiel globaler Wirtschaftszusammenhänge ist die Verknüpfung von Arbeitsbedingungen über Kontinente hinweg prägend, wobei die Gestaltbarkeit dieser Bedingungen deutlich regional differiert. Ins-

² Näheres zu den Referentinnen und Referenten des GlobalisierungsStadtrundgangs sowie zu den Autorinnen und Autoren der Artikel dieser Dialog-Ausgabe finden sich im Autoren- und Referentenverzeichnis.

³ Kampagne für ‚Saubere‘ Kleidung (Hg.) (2008): Wer bezahlt unsere Kleidung bei Lidl und Kik? Eine Studie über die Einkaufspraktiken der Discounter Lidl und Kik und ihre Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen bei den Lieferanten in Bangladesch, Berlin.

besondere lässt sich an dieser Station die Verantwortung der Verbraucherinnen und Verbraucher beispielhaft reflektieren und diskutieren. Werner Oesterheld zeichnet in dem aus seinem Beitrag zu Bochum global entstandenen Artikel die grundlegenden Entwicklungen im Bereich der Textildiscounter am Beispiel der Kik Textilien & Non-Food GmbH nach. Dabei berücksichtigt er sowohl die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in Deutschland als auch die der Beschäftigten in den Zuliefererländern und stellt die beschrittenen Handlungswege der Gewerkschaften und der „Kampagne Saubere Kleidung“ dar. In seinem Fazit fordert er die Flankierung globaler wirtschaftlicher Verflechtungen durch internationale Kontrollmechanismen und die Unterstützung schwächerer Länder bei der Interessensvertretung ihrer nationalen Beschäftigten.

Auf dem Hintergrund der aus den ersten beiden Stationen entstandenen Folie aus regionaler Verankerung und kontinuierlicher Auseinandersetzung mit den Einflüssen globaler wirtschaftlicher Zusammenhänge am Beispiel des Bergbaus sowie der aktuellen Diskussion um globale Wertschöpfungsketten in der Textilindustrie und den Arbeitsbedingungen bei deutschen Discountern wurden im weiteren Verlauf des Rundganges zwei ebenfalls aktuell in der Öffentlichkeit diskutierte und regional prägende Stationen besucht. Beide zeichnen sich durch jeweils spezifische Akteurskonstellationen und daraus ableitend deutliche Unterschiede in Umgangsweisen mit wirtschaftlichen „Sachzwängen“ der Globalisierung und in der Ausgestaltung transnationaler Akteursvernetzung aus.

Die dritte Station des GlobalisierungsStadt-rundganges führte zur Ausgangsidee zurück und beschäftigte sich mit den Ursachen und Folgen der Schließung des NOKIA-Standortes in Bochum im Jahr 2008. In einer für die Öffentlichkeit überraschenden Weise gab der Konzern im

Januar 2008 die Schließungspläne bekannt. Dies führte zu Widerständen der Beschäftigten und ihrer Interessenvertretungen, aber auch auf den unterschiedlichen Ebenen der Politik. Die regionale Öffentlichkeit nahm an diesem Prozess regen Anteil, soziale Verbände und Kirchen zeigten sich mit den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern solidarisch, und das Thema beherrschte die regionale und überregionale Presse. Die Akteurskonstellationen und die sich daraus ergebenden Gestaltungsoptionen zeigen sich hier in anderen Koalitionen als im Bergbau. Nahezu einstimmig brachten Politik, Öffentlichkeit, Beschäftigte und mit ihnen die Gewerkschaften ihre Empörung über die Pläne des finnischen Konzerns zum Ausdruck. Allerdings erwiesen sich insbesondere die transnationalen Koalitionen als wenig belastbar. Im Jahrhunderthaus stellte Ulrike Kleinebrahm die Ursachen und sozialen Folgen der Schließung aus Sicht der Gewerkschaft dar. Daran anschließend gab Prof. Dr. Franz Lehner eine wissenschaftliche Einschätzung zur Schließung von Nokia.

Die arbeitspolitischen Konsequenzen, die aus dem Fall der Nokia-Schließung gezogen werden können, sind Gegenstand des von Manfred Wannöffel beigetragenen Artikels „Nokia und der Standortwettbewerb in der EU“. Er identifiziert die Zusammenarbeit von Europäischen Betriebsräten und ihre Kooperation in transnationalen Gewerkschaftsnetzwerken als Kern der Entwicklung eines Europäischen Sozialmodells. In der tatsächlichen Nutzung transnationaler Vernetzungs- und Gestaltungsoptionen durch betriebliche und gewerkschaftliche Akteure und der Etablierung von Mitbestimmungsrechten insbesondere bei Verlagerungsprozessen sieht er wichtige Zukunftsaufgaben.

Eben jene transnationale Kooperation auf Seiten der Arbeitnehmervertretungen ist einer der Kernpunkte der vierten und letzten Station des Rundganges. Dabei schließt

sich hier auch in der historischen Betrachtung für den Globalisierungsstadtrundgang ein Kreis, denn die Ansiedlung des GM-Opel-Werkes in Bochum wurde und wird als ein Beispiel für den erfolgreichen Strukturwandel im Ruhrgebiet angesehen. Bereits 1960 fiel die Entscheidung für das Werk, lange bevor 1973 mit der Zeche Hannover die letzte Zeche auf dem Stadtgebiet geschlossen wurde. Im Kontext der Strukturkrise des Mutterkonzerns General Motors und seiner europäischen Standorte entwickeln die Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter wichtige transnationale Kooperationsbeziehungen, die bislang mit zum Erhalt der einzelnen Standorte beigetragen haben. Einen Einblick in die praktische Arbeit in diesen Kooperationsbeziehungen gaben Michael Müller und Markus Bauer.

Jene europäischen Kooperationsstrukturen, ihre Voraussetzungen und Chancen analysiert Veronika Dehnen in ihrem Artikel „Europäische Solidarität im internationalen Wettbewerb“. Darin schildert sie zunächst die Entwicklungen in der Automobilindustrie, um darauf aufbauend die Aktivitäten des Europäischen Betriebsrates im General Motors-Konzern zu entfalten. Am Beispiel der Delta-Gruppe, zu der auch Vertreterinnen und Vertreter des Standortes Bochum zählen, wird die Bedeutung des Aufbaus länderübergreifender Kooperationen auf Arbeitnehmerseite als wichtiges Korrektiv zu grenzüberschreitenden Wirtschaftsaktivitäten deutlich.

Die Entwicklungen des Unternehmens Opel stehen auch in dem anschließenden Artikel von Manfred Wannöffel im Fokus. Unter der Überschrift „Mit einem europäischen Produktionsmodell und dem Ausbau der Mitbestimmung aus der Krise: das Beispiel Opel“ entwickelt er unter Rückgriff auf das VW-Gesetz aus dem Jahre 1960 Vorschläge zur Ausgestaltung von Staatsbeteiligungen an Unternehmen in der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise. Qualifizierte Mitbestim-

mung sieht er in diesem Kontext nicht nur als Grundlage für die Schaffung eines konsensgetragenen zukunftsfähigen Produktionsmodells, sondern auch als Bedingung, an die staatliche Unterstützungsleitungen zu knüpfen sind. Mit Blick auf die gesetzliche Ausweitung sozialer Bürgerrechte öffnet er die Sicht auf die Chance eines neuen Gesellschaftsvertrages in der aktuellen Situation, die seinen Ausführungen zufolge nicht nur eine Wirtschafts-, sondern auch eine Legitimationskrise von Konzernsteuerung bedeutet.

Derartige Debatten um soziale Verantwortung und nachhaltiges Wirtschaften werden an Bedeutung gewinnen, erscheinen jedoch nicht nur für viele junge Menschen zunehmend unübersichtlich. Diese spezifische Zielgruppe zu einer reflektierten Auseinandersetzung mit eben jenen Themen, die gleichermaßen Folgen für ihre persönliche Lebenswelt wie auch global haben, zu motivieren und ihnen Anregungen zu ihren Handlungsmöglichkeiten zu geben, sind Ziele der Stadtrundgänge zum Thema nachhaltiger Konsum des Projektes Konsum Global. Dieses für Bochum global ideengegebende Projekt stellt Jochen Dallmer in seinem Artikel vor, der diesen Dialog beschließt. Dabei geht er sowohl auf die Entstehung und Konzeptionierung des Projektes als auch auf dessen gesellschaftspolitische Hintergründe ein.

Mit der hier vorliegenden Dialogausgabe ist die Idee von Bochum global keineswegs zu Ende. Die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise zeigt gerade auf, wie stetig sich die Auswirkungen globaler wirtschaftlicher Prozesse auch gerade regional und lokal auswirken. Aufgrund des großen Interesses an diesem Angebot wird im Sommersemester 2009 ein zweiter Globalisierungsstadtrundgang in Bochum stattfinden. Dort werden die Teilnehmenden abermals die Möglichkeit haben, mit Vertreterinnen und Vertretern aus Arbeitswelt und Wissenschaft über

Gestaltungsoptionen im Umgang mit wirtschaftlicher Globalisierung zu diskutieren.

Die Durchführung des Rundganges wurde maßgeblich durch die Kooperationspartner ermöglicht, die insbesondere in der Planungsphase unterstützend zur Seite standen:

	Konsum Global – die Stadtführung zum Thema nachhaltiger Konsum
	IG Metall – Funktionsbereich Internationales/Europa
	International Office der Ruhr-Universität Bochum
	Studienkolleg Bochum des ökumenischen Studienwerks e.V.

Die wie hier skizziert entstandene Idee verdankt ihre gelungene Realisierung außerdem in erheblichem Maße dem Engagement der Referentinnen und Referenten. Ihnen soll an dieser Stelle gedankt werden. Neben ihrem Einsatz während des Rundganges erklärten sie sich bereit, für diese Ausgabe der Dialog-Reihe ihre Beiträge zu verschriftlichen, so dass sowohl für die Teilnehmenden als auch für Interessierte, die nicht am ersten Rundgang teilnehmen konnten, ein Einblick in die in diesem Rahmen diskutierten Themen ermöglicht wird.

„Keiner fällt ins Bergfreie“

Der sozialpolitische Umgang mit dem Zechensterben im Ruhrgebiet

Jürgen Mittag

Am 2. Februar 1972 beschloss der Aufsichtsrat der Bergwerke Bochum die Stilllegung der letzten Zeche auf dem Bochumer Stadtgebiet. Mit Wirkung zum 31. März 1973 wurde die Förderung der Schachanlage Hannover – nach mehr als 100 Jahren Betriebszeit – eingestellt. In den folgenden Jahren verfiel die Anlage zusehends. Die Aktivitäten des 1988 gegründeten Fördervereins Zeche Hannover I/II/V e.V. und des Westfälischen Industriemuseums, in dessen Trägerschaft die Anlage sich heute befindet, leisteten jedoch einen wesentlichen Beitrag, dass Teile der Anlage heute noch vorhanden und in einem restaurierten Zustand sogar wieder zugänglich sind. Heute befindet sich in den Gebäuden ein Industriemuseum, in dem man u.a. noch eine Dampfmaschine sehen kann.

Die Schachanlage Hannover stellt ein bedeutendes Denkmal der Industriegeschichte des Ruhrgebiets dar, zugleich aber auch ein Mahnmal für die Krise von Kohle und Stahl. Ebenso wie die anderen Stationen der Route Industriekultur im Ruhrgebiet – so etwa die Zeche Zollverein in Essen, die Dortmunder Zeche Zollern oder auch die Henrichshütte in Hattingen – erinnert sie daran, dass Kohle und Stahl, das „Grubengold“, das „uns wieder hoch geholt“ hat und der „Pulsschlag aus Stahl“ – beide von Herbert Grönemeyer in seiner Ruhrgebiets-Hymne „Bochum“ besungen –, im Revier nur noch an wenigen Orten, vor allem im nördlichen Ruhrgebiet, eine Rolle spielen.

Die Energiequelle Kohle – Vom Motor der Industrialisierung zum Problemkind der Bundesrepublik

Jahrzehntelang – vom frühen 19. Jahrhundert bis in die 1950er Jahre – war dies kaum vorstellbar. Kohle war im 19. Jahrhundert die Energiequelle, die die Industrialisierung in Gang gesetzt hat. Seit 1847 wurde an der Stelle, wo heute das Industriekulturerbe der Zeche Hannover steht, Kohle abgebaut. 1857 wurde hier mit dem Bau eines Malakowturms begonnen, um die Kohleförderung zu erhöhen. Der Bau stockte jedoch immer wieder, da es infolge der Konjunkturkrise zeitweilig an Geld fehlte. Erst als im Jahr 1872 vom Essener Unternehmer Krupp die unterfinanzierte Zeche Hannover gekauft und der Kohleabbau weiter ausgebaut wurde, avancierte die Anlage zu einer der wichtigsten Förderstätten auf Bochumer Stadtgebiet.

Dass Kohle im 19. Jahrhundert eine derart zentrale Rolle zukam, ist im Wesentlichen auch auf ein „globales“ Phänomen zurückzuführen, zumindest eines der westlichen Welt. Die Erfindung der Dampfmaschine – und ihr flächendeckender Einsatz – hatte den Beginn einer neuen Entwicklungsphase des Ruhrgebiets eingeläutet. Erst der Innovationsmotor Dampfmaschine ermöglichte im Bergbau den Übergang zum Abbau der Kohle in größerer Teufe¹, da sie das Abpumpen des Grubenwassers und den Transport zunehmender Mengen an Kohle erlaubte. Der Durchstoß der zum Teil meh-

¹ Teufe bezeichnet im Bergbau die vertikale Tiefe. Dabei wird der vertikale Abstand zwischen einem Referenzpunkt an der Oberfläche und einem Punkt unter Tage gemessen.

rere hundert Meter dicken Mergeldecke² zum Ende der 1830er Jahre war ein weiterer Meilenstein in der Entwicklung des Ruhrbergbaus, der es gestattete, die nur geringen Gewinn erwirtschaftenden Magerkohlengruben an der Ruhr aufzugeben und weiter nördlich in immer größere Teufen vorzustoßen. Die in der Hellweg- und Emscherzone gelegene Fettkohle war hervorragend zur Verkokung geeignet. Insofern ist es vor allem auf die Dampfmaschine zurückzuführen, dass die bisherigen Standortfaktoren Holz bzw. Holzkohle und Wasser an Bedeutung verloren, während der Bedarf an Kohle sprunghaft stieg und sich die Produktionsstätten der Eisenverhüttung in die aufblühenden Steinkohlenreviere verlagerten. Da seinerzeit zur Verhüttung von einer Tonne Erz etwa zwei Tonnen Koks benötigt wurden, galt der Transport des Erzes zur Kohle als günstiger. Eisen und Stahl wurden infolgedessen an Ort und Stelle in Walzwerken, Maschinenfabriken und Stahlbauunternehmen verarbeitet. Damit entstand jenes Netzwerk von Steinkohlenbergbau, Eisenindustrie und Stahlwerken, das etwa einhundert Jahre lang charakteristisch für das Ruhrgebiet werden sollte. Bochum zählte dabei zu den Schrittmachern.

Das Größenwachstum der Montanunternehmen im 19. Jahrhundert ging nicht spurlos an deren Standorten vorbei. Die Inbesitznahme des Ruhrgebiets durch Bergbau und Stahlindustrie übte geradezu eine katalysatorische Wirkung auf die Bevölkerungs- und Stadtentwicklung aus. Das Wachstum der ehemaligen Ackerbürgerstädte verlief explosionsartig, unreguliert und oftmals chaotisch – prägende Wirkung übten dabei vielfach die Lagerstätten der Kohle aus.

Das unmittelbare Umfeld der Zeche Hannover stellt dabei jedoch eine gewisse Aus-

nahme dar. Hier wurde im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts bis 1918 von der Firma Krupp die Kolonie „Dahlhauser Heide“ für Zechenangestellte und -arbeiter errichtet und betrieben. Die Kolonie war am Reißbrett geplant worden, umfasste 350 Wohngebäude mit 834 Wohneinheiten in zwölf überwiegend eineinhalbstöckigen Typenhäusern sowie einigen gehobenen, zweieinhalbstöckigen Geschosswohnungsbauten am Beamtenplatz. Über Jahrzehnte entwickelte sich die als Gartenstadt konzipierte Zechensiedlung zu einer ganz eigenen Lebenswelt des Bergarbeitermilieus. Auch dieses Konzept stellt dabei eine Transferleistung in einer zunehmend stärker vernetzten und miteinander kommunizierenden Welt dar, wurde dieses Modell doch vom Briten Ebenezer Howard im Jahr 1898 entworfen.

Jahrzehntelang galt die Kohle als zentrale Grundlage für industrielles Wachstum. Selbst für den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Bundesrepublik nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war Kohle noch die zentrale Triebkraft. Diese Entwicklung endete jedoch relativ abrupt, als Ende der 1950er, Anfang der 1960er Jahre die Kohlewirtschaft in der Bundesrepublik – hier vor allem im Ruhrgebiet – und andernorts zu einer Krisenbranche wurde, wozu nicht zuletzt erneut globale Entwicklungen ihren Beitrag geleistet hatten. 1959 wurde einer breiteren Öffentlichkeit in Deutschland erstmals deutlich, dass die Montanindustrie an Rhein, Ruhr und Emscher – bis dahin immer noch das wirtschaftliche Herz des Landes – auf schwere Zeiten zusteuerte. 60.000 Bergleute demonstrierten am 26. September 1959 mit einem Aufmarsch in Bonn gegen drohende Zechenstilllegungen. Bereits ein Jahr zuvor, 1958, hatte es erste Warnsignale gegeben, als 16.000 Bergleute im Ruhrgebiet im Februar 1958 eine Feierschicht einlegen mussten.

² Mergel ist ein Sedimentgestein aus Ton und Kalk. Im Ruhrgebiet liegt dieses Gestein als Deckengebirge über den tiefer liegenden Fettkohleschichten, die sich besser für die Koksgewinnung eignen.

Für die Menschen im Ruhrgebiet kam diese Entwicklung insgesamt unerwartet, hatte die Hohe Behörde der EGKS³ doch kurz zuvor noch eine Erhöhung der Förderkapazitäten gefordert. Zudem waren in den zurückliegenden Jahren noch die Arbeits- und Einkommensbedingungen der Beschäftigten im Bergbau verbessert und neue Arbeiter angeworben worden. Vor diesem Hintergrund war kaum einer auf die Heftigkeit vorbereitet, mit der die Krise ausbrach. In den folgenden Monaten zeichnete sich jedoch immer deutlicher ab, dass die von den Kumpeln geförderte Steinkohle sich nicht mehr verkaufte. Zu Beginn der 1960er Jahre wuchsen die Halden immer höher an. Der scheinbar unverzichtbare Brennstoff aus Wirtschaftswunderzeiten war zum Ladenhüter geworden – für viele unvorstellbar nach einer gerade erst überwundenen Zeit der Kohleknappheit Ende der 1940er, Anfang der 1950er Jahre. Die Bergleute, die sich bis dahin – ebenso wie ihre Nachbarn, die Stahlkocher – als respektierte „Helden“ des Wiederaufbaus fühlten, sahen sich schlagartig ihrer wichtigsten Grundlage beraubt.

Das in der Folge einsetzende „Zechensterben“ lässt sich dabei auf eine ganze Reihe von Ursachen zurückführen:

- Steinkohle wurde als Heizmaterial immer unpopulärer, da sich modernere und vor allem bequemere Formen des Heizens zunehmend durchsetzten und der Lageraufwand vergleichsweise hoch war.
- Entscheidend war darüber hinaus aber vor allem die Verfügbarkeit von insbesondere Öl und Erdgas, die als „neue“ Rohstoffe dem heimischen Brennstoff Kohle erhebliche Konkurrenz machten.
- Die Nutzung neuer Transportwege und -kapazitäten sowie die vergleichsweise günstigen Kosten für Rohöl spielten dabei eine zentrale Rolle.
- Schließlich wurden auch neue Geräte entwickelt, die dafür sorgten, dass Primärenergie weitaus effizienter und rohstoffsparender eingesetzt werden konnte als zuvor.

In den folgenden Jahren geriet Kohle als Primärenergieträger immer stärker unter Druck. Zwischen 1950 und 1964 ging ihr Anteil am deutschen Energiemarkt um 30 Prozent zurück. Zum schrumpfenden Absatz kam noch die Konkurrenz von Kohle aus dem Ausland hinzu. Da die Transportkosten auch bei der Kohle immer geringer ins Gewicht fielen, konnte die oftmals oberflächennäher abgebaute Importkohle anderer Kontinente günstiger in Deutschland angeboten werden als die heimische Kohle aus dem Ruhrgebiet. Die Folgen für die Menschen im Ruhrgebiet präsentierten sich dramatisch: Waren 1950 in über 140 Zechen des Reviers noch rund 360.000 Menschen beschäftigt, so sind es 1970 nur noch 140.000. Allein 1963, auf dem Höhepunkt der Bergbaukrise machten 13 Zechen dicht, Zehntausende weitere Beschäftigte waren betroffen. 1966/67 war erneut ein „Annus horribilis“ für den Bergbau: In dieser Zeitspanne verloren von den seinerzeit noch 305.000 Beschäftigten im Steinkohlenbergbau abermals 25 Prozent ihren Arbeitsplatz.

Auswirkungen – Sozialpolitische Probleme

Vor dem Hintergrund der seit 1966 auch das Ruhrgebiet treffenden ersten allgemeinen Konjunkturkrise der Nachkriegszeit war es völlig ungewiss, ob die Probleme der Kohlekrise weiterhin durch „normale“ Fluktuationsprozesse und die Chance eines anderen Arbeitsplatzes im Revier aufgefangen werden konnten. Die Bergleute sahen sich mit der Situation konfrontiert, dass ihnen die Entlassung in die Arbeitslosigkeit drohte und zugleich die Zukunft ihrer Kinder mit erheblichen beruflichen Risiken verbunden war. Vor diesem Hintergrund wurde die Forderung, der Entwicklung auf den heimi-

³ Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)

schen Energiemärkten gegenzusteuern und einen „Anpassungsprozess“ im Steinkohlenbergbau in die Wege zu leiten, immer lauter erhoben. Dass im Revier bereits in dieser Zeit nicht massenhaft Kumpel dauerhaft auf der Straße standen, hatte zunächst indes weniger mit politischen Reaktionen als mit der nach wie vor boomenden Stahlkonjunktur zu tun. Nicht wenige Bergleute fanden Arbeit an den Hochöfen und in den Stahl- und Walzwerken im Ruhrgebiet.

Für das Revier war die Zeit der Hiobsbotschaften jedoch nicht vorbei – auf das Zechensterben folgte die Stahlkrise – auch dies eine Folgeerscheinung einer zunehmend verflochtenen Weltwirtschaft. Infolge der weltweit zunehmenden Stahlproduktion und eines ruinösen Preiskampfs saßen die Hüttenkonzerne im Revier bald auf riesigen Überkapazitäten, die nach der Ölkrise von 1973 abgebaut wurden. In Hattingen und Duisburg-Rheinhausen etwa wurden in den folgenden Jahren – gegen den hartnäckigen Widerstand der Belegschaften und trotz der Unterstützung weiter Teile der Bevölkerung im Ruhrgebiet – die Stahlwerke dicht gemacht. Die aus dieser Zeit verbliebenen sichtbaren Relikte könnten unterschiedlicher nicht sein: Während die Hattinger Henrichshütte heute als Museum Teil der Route Industriekultur ist, wurde das Stahlwerk Rheinhausen dem Erdboden gleichgemacht.

Reaktionen – Struktur- und sozialpolitische Flankierungsmaßnahmen

Der ebenso einschneidende wie rasche Schrumpfungsprozess der 1960er Jahre hatte die Kommunen des Ruhrgebiets, vor allem wenn sie vom Bergbau abhängig waren, vor erhebliche Probleme gestellt. Da die Kommunen nicht in der Lage waren, die Probleme alleine zu bewältigen, wurden umfangreiche Leistungen des Bundes und der Länder vereinbart. Der Staat sah sich in dieser Situation in der Pflicht, den Bergarbeitern beizustehen und ermöglichte finan-

zielle Regelungen, die ihrerseits wiederum weit reichende Vorruhestandsregelungen eröffneten, welche die ökonomischen und sozialen Konsequenzen für den Einzelnen verminderten. Mit dem erklärten Willen der sozialliberalen Koalitionen in Bonn und Düsseldorf, eine erhaltende Kohlepolitik als bewusste sektorale Strukturpolitik zur Sicherung der Energieversorgung zu betreiben, wurde eine weitere Entscheidung getroffen, die den Beschäftigten im Bergbau zugute kam. Vor allem der Abschluss der Hüttenverträge zwischen Bergbau und Eisen schaffender Industrie sowie deren Ergänzung durch die nachfolgenden Verstromungsgesetze über die Lieferung von Steinkohle an die Kraftwerke waren hierbei von entscheidender Bedeutung. Letztere bildeten die Grundlage für die Sicherung der längerfristigen Perspektiven des Steinkohlenbergbaus und wurden damit zu einem entscheidenden Aspekt für die Sicherung der Zukunft der Region.

Mit der Gründung der Ruhrkohle AG im November 1968 wurde ein geordneter, zeitlich gestreckter und sozialpolitisch flankierter Rückzug des bereits stark geschrumpften Bergbaus eingeleitet. Um ein seinerzeit viel zitiertes Bild zu bemühen: Aus einem verheerenden „Sturzflug“ mit unvorhersehbaren politischen Risiken wurde so ein „kontrollierter Gleitflug“. Bei Konstituierung der Ruhrkohle AG als weitgehende „Einheitsgesellschaft“ des Bergbaus im Ruhrrevier – zuvor gab es 29 einzelne Zechengesellschaften – wurde das Vermögen vieler einzelner kleinerer Bergbauunternehmen in die Ruhrkohle AG eingebracht. Obwohl es schon bald zu einem Erlass von Einbringungsforderungen kam, erschien zahlreichen zeitgenössischen Beobachtern der Ansatz doch folgerichtig, die Erhaltung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Region durch Investitionen und Neusiedlungsprojekte mit dem Anpassungsvorgang im Steinkohlenbergbau zu verbinden.

Diese Politik wird heute allgemein unter dem Begriff des Strukturwandels subsumiert. Der viel zitierte und vor allem von Abelshauser, Goch, Köllmann und Petzina detailliert beschriebene und untersuchte Strukturwandel nach der Schließung von Steinkohlezechen und Stahlschmelzen erfolgte in dem bis dahin montanindustriell geprägten und eher wissenschaftsfernen Bochum nicht nur durch die Ansiedlung von Weltfirmen wie dem Automobilkonzern GM-Opel, dem Mobilfunkausrüster Nokia oder durch die Übernahme der heimischen BV-Aral durch British Petrol (BP), sondern auch durch den Bau der ersten Volluniversität des Ruhrgebiets. In den 1960er Jahren standen mit den Baustellen des Opel-Werks und der Ruhr-Universität gleich zwei der größten europäischen Bauvorhaben auf dem Terrain der Stadt Bochum. Anderen Ruhrgebietsstädten gelang es bald darauf, mit anderen Industrieunternehmen und wissenschaftlichen Institutionen von vergleichbarem Rang nachzuziehen. Heute verfügen die Städte des Ruhrgebiets – mit insgesamt fünf Universitäten, acht Fachhochschulen sowie einer Hochschule für Musik, Theater und Tanz – über eine der dichtesten Hochschullandschaften der Welt. Für etwa 130.000 Studierende, 14.000 Wissenschaftler und 10.000 Angestellte in Verwaltung und Technik bilden die Hochschulen des Ruhrgebiets Ausbildungs- und Arbeitsstätten.

Auch im Umfeld der Zeche Hannover kam der Strukturwandel zum Tragen – allerdings weniger in Form einer Schaffung neuer Arbeitsplätze als vielmehr durch die Sanierung der Zechenkolonie „Dahlhauser Heide“. Da nach Stilllegung der Zeche Hannover im Jahr 1973 seitens der Firma Krupp kein Interesse mehr bestand, die Siedlung weiterhin zu unterhalten, hatte als Alternative zunächst eine Privatisierung im Raum gestanden, die aber wohl dazu geführt hätte, dass die Siedlung ihren ganz eigenen Charakter verloren hätte. Da sich aber die

Stadt Bochum in die weiteren Überlegungen einschaltete, wurde vereinbart, die Siedlung in ein Denkmalschutzprogramm aufzunehmen, womit die weitere Entwicklung einen anderen Gang nahm. Es wurden Finanzierungsmodelle entworfen, die es den ehemaligen Zechenangestellten erlaubten, die Häuser nicht nur günstig zu erwerben, sondern auch zu renovieren. Da die Bewohner zu gewissen Eigenleistungen verpflichtet wurden, sorgte die Stadt Bochum im Gegenzug für eine Generalüberholung der lokalen Infrastruktur in Form von Kanalisationsarbeiten und weiteren technischen Neuerungen. Angesichts dieser Maßnahmen stellt die Dahlhauser Heide heute ein gefragtes Wohnquartier mit hoher Lebensqualität dar.

Protest und Konsens – Der sozialpolitische Schulterschluss im Ruhrgebiet

Trotz dieser konkreten Maßnahmen vor Ort waren die grundsätzlichen Probleme des Ruhrgebiets nicht zu übersehen. Infolge weiterer Veränderungen der Nachfrage- und Angebotssituation auf dem heimischen Energiemarkt musste der Steinkohlenbergbau an der Ruhr seit dem Ende der 1960er Jahre noch einmal rund ein Drittel seiner Kapazitäten abbauen. Auch der anhaltende Rückgang der Erzeugung von Rohstahl in den Jahren 1986 und 1987 in der Bundesrepublik Deutschland – wie auch in anderen Stahl produzierenden Ländern der Europäischen Gemeinschaft – führte zu einem weiteren Absatzverlust für den deutschen Steinkohlenbergbau.

Bemerkenswert ist, dass trotz zahlreicher Proteste im Zuge dieser Entwicklungen die Auseinandersetzungen im Revier nie das gleiche Ausmaß annahmen – und es nie zu jenen blutigen Unruhen kam – wie in anderen Staaten. Ein viel zitierter Ausspruch des damaligen CDU-Oppositionsführers im Bundestag Rainer Barzel dokumentiert die seinerzeit bestehende Sorge, dass die Proteste außer Kontrolle geraten könnten:

„Wenn es an der Ruhr brennt, reicht das Wasser des Rheins nicht, um das Feuer zu löschen.“

Unbegründet waren die Befürchtungen nicht – in anderen Staaten brannte es in der Tat: Das symbolträchtigste Beispiel hierfür ist wohl Großbritannien. Hier wurden unter der neoliberalen Regierung von Margaret Thatcher staatliche Schlüsselindustrien privatisiert, Subventionen gestrichen, Kapitalmärkte und Finanzdienstleistungen liberalisiert. Im Zuge dieses Prozesses verschwanden unrentable Branchen wie der Bergbau oder die Textilindustrie einfach von der Bildfläche. Diese „Radikalkur“ hatte blutige Unruhen zur Folge. So schlug der britische Bergarbeiterstreik nicht nur tiefe Kerben in die britische Gesellschaft, sondern auch in das tägliche Versorgungssystem. Bis zu 170.000 Bergleute legten den britischen Bergbau lahm und damit zeitweilig auch weite Teile der Stromversorgung. Letztlich aber ließ sich die konservative Ministerpräsidentin Thatcher nicht von ihrem Kurs abbringen und trug so dazu bei, dass Mitte der 1980er der privatwirtschaftlich organisierte Bergbau „verhungerte“. Während in Großbritannien die Zechenschließungen mit Entlassungswellen und erheblichen sozialpolitischen Verwerfungen einhergingen – man schaue sich nur einige der britischen Bergarbeiterstädte damals (und heute) an – wurden und werden in Deutschland betriebsbedingte Kündigungen aufgrund des Widerstandes, vor allem aber aufgrund der Organisations- und Gestaltungsmacht der Belegschaften, ihrer Gewerkschaften und der politischen Mehrheiten vermieden.

In Deutschland orientierte sich das Tempo der Bergwerksschließungen seit der Bergbaukrise, die hier noch früher als in England eingesetzt hatte, damit vor allem an der Frage, wie schnell sich ohne betriebsbedingte Kündigungen Personal abbauen ließ, und zwar mit allen verfügbaren Mitteln, zu denen insbesondere Abfindungen und

Frühpensionierungen zählten. Diese Politik hatte zur Folge, dass in Deutschland zahlreiche Bergmänner schon mit 49 Jahren in Rente gingen. Dies wiederum trieb die Personalkosten in die Höhe und verursachte Subventionen.

Diese Politik wurde auch von den nachfolgenden Bundes- und Landesregierungen fortgesetzt. So erklärte Johannes Rau am 27. September 1978 in seiner ersten Regierungserklärung: „Nordrhein-Westfalen ist das energiewirtschaftliche Zentrum der Bundesrepublik. Seine Wirtschaftsstruktur wird maßgeblich von der heimischen Kohle geprägt. Die Landesregierung sieht sich in der gesamtstaatlichen Verantwortung, das hier Mögliche für eine sichere und unabhängige Energieversorgung der Bundesrepublik zu leisten. Sie betreibt eine Politik des Vorrangs für die Kohle, mit der zugleich die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Bergbaureviere gewahrt und weiterentwickelt wird.“ Mit diesen Worten machte Johannes Rau deutlich, dass auch weiterhin finanzielle Hilfen zur Förderung des Absatzes und zur Förderung des Strukturwandels im Ruhrgebiet gewährt würden. Eine wichtige Wegmarke stellte in diesem Prozess der im April 1980 verabschiedete Kohle-Strom-Vertrag (Jahrhundertvertrag) dar, der zwischen dem Bergbau und der Elektrizitätswirtschaft für eine Dauer von 15 Jahren geschlossen wurde und die Förderung heimischer Kohle sicherte. Obgleich infolge der weltweiten Verflechtungen sich die Rahmenbedingungen für den Abbau heimischer Kohle weiter verschlechterten und die Fördermengen in den Kohlerunden immer weiter zurückgenommen werden mussten, verständigten sich alle Beteiligten darauf, den Bergbau nicht gänzlich aufzugeben.

Zu Beginn der 1990er Jahre verschärfte sich die Lage des Bergbaus erneut. Das Bundesverfassungsgericht erklärte mit seinem Urteil vom Dezember 1994 den so genannten „Kohlepfennig“ für verfassungs-

widrig. Dies hatte zur Folge, dass die Kohlesubventionen nunmehr direkt aus dem Bundeshaushalt finanziert werden mussten. Da zeitgleich aber die finanziellen Belastungen durch die Wiedervereinigung immens angestiegen waren, schienen tief greifende Einschnitte unumgänglich. Abermals war man sich jedoch einig, betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden. Bis eine Lösung gefunden wurde, verging jedoch beträchtliche Zeit. Die Mobilisierungsaktivitäten waren auf allen Seiten enorm; so bildeten am 14. Februar 1997 rund 220.000 Menschen entlang der Bergbaustätten des Ruhrgebietes ein 100 km langes „Band der Solidarität“. Doch auch diese und weitere Aktionen konnten nicht verhindern, dass der Stahlkonzern Thyssen entschied, fast 6.000 Arbeitsplätze in Hattingen und Oberhausen abzubauen. Erneut leitete die Politik aber flankierende Maßnahmen ein und legte im Juni 1997 ein Programm „zur Sicherung der wirtschaftlichen Zukunft der Montanregionen“ auf. Der Konsensgedanke spiegelte sich aber auch in der „Frankfurter Vereinbarung“ wider, die zwischen der IG Metall und der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie abgeschlossen wurde. In diesem Rahmen wurde vereinbart, dass die Unternehmen auf betriebsbedingte Kündigungen verzichteten und sich zudem verpflichteten, künftige Investitionen in den Stahlregionen zu tätigen.

Dass der Übergang Ende der achtziger Jahre von der Montanindustrie zu neuen Strukturen im Ruhrgebiet aber ein äußerst schwieriges Terrain war, zeigte sich als wenige Monate später der Stilllegungsbeschluss für das Rheinhauser Stahlwerk erfolgte. Trotz eines 160-tägigen Arbeitskampfes konnte eine Schließung nicht mehr abgewendet werden, lediglich eine zeitliche Verlängerung der Stilllegungsmaßnahmen wurde nach Intervention der Landesregierung erreicht. Wie Karl Lauschke in seiner Analyse dieser Entwicklungen festhält, zeigen die Auseinandersetzungen um Rhein-

hausen, wo die Grenzen politischen Handelns lagen. Trotz aller Bemühungen um einen breiten Konsens und einen Interessenausgleich zwischen den Beteiligten blieben die Erfolge auf deutlich erkennbare Grenzen abgesteckt.

Und heute?

Wie stellt sich die Lage heute, im 21. Jahrhundert, dar? Die Ruhrkohle wurde 1999 zunächst zum RAG-Konzern. Chemie, Energie und Wohnimmobilien wurden hierbei als so genannter „weißer Bereich“ bezeichnet, der 2008 im neuen Unternehmen Evonik aufging. Die Deutsche Steinkohle AG machte hingegen den Löwenanteil des „schwarzen Bereichs“ aus, der seit 2008 als RAG firmiert.

Die Beschäftigtenzahlen sind dabei weiter rückläufig. Im Jahre 2007 gab es in Deutschland noch sechs Zechen mit rund 25.700 Bergleuten im Steinkohleabbau. Insgesamt waren knapp 100.000 Personen im Gesamtbereich des Bergbaus in Deutschland beschäftigt. Der Bergbau befindet sich damit weiter im Rückwärtsgang. Die Fördermenge betrug zur Mitte des ersten Jahrzehnts im 21. Jahrhundert noch rund 20 Millionen Tonnen Kohle. Diese Förderung wurde vom Bund mit jährlich 1,932 Milliarden Euro und vom Land NRW mit weiteren 564 Millionen Euro subventioniert. Die geförderte heimische Steinkohle kostete damit, wie Gegner des subventionierten Bergbaus stets hervorhoben, fast dreimal soviel wie die Kohle auf dem Weltmarkt. Erst mit dem vor allem im asiatischen Bereich angestiegenen Energiebedarf veränderten sich nach langer Zeit die Parameter hier wieder grundlegend. Eine nach wie vor wichtige Rolle spielt die Bergbauzulieferbranche, die in der Bundesrepublik rund 250 Betriebe umfasst, von denen 200 in Nordrhein-Westfalen ansässig sind.

Mit der seit 2005 amtierenden nordrhein-westfälischen CDU/FDP-Koalitionsregierung unter Ministerpräsident Jürgen Rütt-

gers hat die Entwicklung der Kohlepolitik eine andere Richtung als in den Jahren zuvor genommen. Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, den subventionierten Steinkohlenbergbau nicht nur weiter zurückzufahren, sondern ganz aus dem Bergbau auszusteigen. Festgeschrieben wurde im Koalitionsvertrag, dass das Land bis 2010 bei den Kohlesubventionen 750 Millionen Euro einsparen werde. Wörtlich heißt es in der Koalitionsvereinbarung vom 16. Juni 2005: „Wir wollen mit allen Beteiligten einschließlich der Anteilseigner über die Rahmenbedingungen für den sozialverträglichen Auslauf des subventionierten Bergbaus verhandeln und entscheiden.“

Erneut spielte in den sich anschließenden Verhandlungen das Argument der Sicherung der Existenzgrundlage der Arbeitnehmer eine zentrale Rolle. Bei einer Beendigung des Bergbaus bereits im Jahr 2012 hätten, laut Berechnungen der RAG, bis zu 15.000 Bergleute betriebsbedingt gekündigt werden müssen. Ein sozialverträgliches Auslaufen völlig ohne betriebsbedingte Kündigungen hielt man hingegen erst ab 2018 für möglich. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund dieser Zahlen einigten sich der Bund und die betroffenen Länder Nordrhein-Westfalen sowie das Saarland auf ein Ende des Steinkohle-Bergbaus im Jahr 2018. Eine Revisionsklausel wurde für das Jahr 2012 festgelegt. Besondere Aufmerksamkeit wurde in diesem Zusammenhang den so genannten Ewigkeitskosten gewidmet, zu denen sowohl Bergschäden und das Abpumpen des Grundwassers als auch Pensionsforderungen zählen. Hinzu kommen Altlasten, die saniert werden müssen. Nach der Beendigung des Steinkohlenbergbaus sollen die hier anfallenden Kosten durch den teils geplanten, teils bereits vorgenommenen Börsengang des

Evonik-Konzerns gedeckt werden. Der Bund stellt zusätzlich bis zu 1,6 Milliarden Euro unter anderem für Pensionsverpflichtungen bereit.

Fazit

Zieht man abschließend eine Bilanz der Entwicklung von mehr als 150 Jahren Industrialisierung und Deindustrialisierung in Bochum und im Ruhrgebiet, spricht einiges dafür, hier Formen von Kompromissen und Ausgleich auszumachen, die im Sinne des langjährigen nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau mit der Chiffre „Versöhnen statt Spalten“ umschrieben werden können. Ob man diese Form der industriellen Beziehungen mit dem französischen Publizisten Michel Albert nun als „Rheinischen Kapitalismus“ bewertet oder im Sinne eines vom Düsseldorfer Politikwissenschaftler Ulrich von Alemann geprägten Begriffs das „Modell Montana“ bemüht – es hat gerade im Ruhrgebiet sehr spezifische Formen der Konfliktregulierung gegeben. Dabei sollte nicht übersehen werden, dass es, wie Klaus Tenfelde eingehender untersucht hat, im Revier zugleich auch eine beträchtliche Anzahl von Arbeitskämpfen gegeben hat. Gerade im Prozess der Deindustrialisierung und des Strukturwandels wurde aber die Formel, dass „keiner ins Bergfreie“ fällt, vergleichsweise ernst genommen, so dass es im Ruhrgebiet nicht zu den gleichen Verwerfungen kam wie in anderen Montanregionen der Welt. Ob diese Tendenz auch bei weiteren globalen Krisensymptomen anhält, bleibt abzuwarten, es scheint sich aber mittlerweile ein aus historischen Erfahrungen gespeistes regionales Bewusstsein herauskristallisiert zu haben, das eine solche Entwicklung zumindest nahe legt.

Literatur⁴

Zur Einführung in die Thematik sei grundlegend verwiesen auf

Abelshauser, W. (1984): Der Ruhrkohlenbergbau seit 1945. Wiederaufbau, Krise, Anpassung, München;

Gesamtverband Steinkohle (2008): Steinkohle 2008. Kompetenz in Sachen Kohle, Essen, v.a. S. 78-80;

Goch, S. (Hg.) (2004): Strukturwandel und Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen, Münster;

Huske, J. (1998): Die Steinkohlenzechen im Ruhrrevier. Daten und Fakten von den Anfängen bis 1997, Bochum;

Köllmann, W.; Korte, H.; Petzina, D.; Weber, W. (Hg.) (1990): Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter, 2 Bde., Düsseldorf;

Lauschke, K. (1984): Schwarze Fahnen an der Ruhr. Die Politik der IG Bergbau und Energie während der Kohlenkrise 1958-1968, Marburg;

Nonn, C. (2001): Die Ruhrbergbaukrise. Entindustrialisierung und Politik 1958-1969, Göttingen;

Wiel, P.(1970) : Wirtschaftsgeschichte des Ruhrgebiets. Tatsachen und Zahlen, Essen.

⁴ Die Autoren der für diese Dialog-Ausgabe verschriftlichten Beiträge zum „GlobalisierungsStadtrundgang“ durch Bochum am 07.02.2009 wurden gebeten, jeweils möglichst eine überschaubare Auswahl an Literatur anzugeben.

Der „KIK“ der Globalisierung

Werner Oesterheld

Zu rund 90 Prozent wird unsere Kleidung in Asien, Mittelamerika, Osteuropa und einigen Ländern Afrikas hergestellt. Die meisten Einzelhandelsunternehmen lassen dort produzieren, so auch der Textildiscounter KiK.

Das Rot sticht ins Auge, Rot ist überall. Knallbunt – das ist ein KiK-Laden. Der Raum ist voll mit dicht bepackten Kleiderkarussellen, auf jedem Karussell steckt ein großes rot-gelbes Schild mit der Aufschrift „Der Preis stimmt“. Nicht die Ware soll anziehen, sondern der Preis – das ist die Geschäftspolitik von KiK.

Die Werbung verheißt, dass sich jeder Kunde für 30 Euro komplett beim Textildiscounter einkleiden kann. Das Konzept dahinter: keine Bedienung, so wenig wie möglich feste Arbeitsplätze, niedrigste Bezahlung derjenigen, die dort arbeiten, Stundenlöhne für Aushilfen, die unter fünf Euro liegen, Auszubildende, die als vollwertige, billige Arbeitskräfte missbraucht werden, Behinderung gewerkschaftlicher Aktivitäten durch das Management und so weiter. Dazu kommen weitere Kosteneinsparungen durch eine günstige Lage der Filialen (nicht in teuren Shoppingzentren), keine Dekorationen, ein schlichtes Sortiment, das vorrangig aus Fabriken in China und Bangladesch kommt.

Ein Unternehmen der Tengelmann-Gruppe

KiK steht für „Kunde ist König“ und wurde 1994 gegründet. Der Textildiscounter ist ein Unternehmen der Tengelmann-Gruppe, zu der auch die Handelsketten Plus und Kaiser's, die amerikanische Tochter A&P sowie der Baumarkt Obi gehören. Die Tengelmann Holding gehört dem Familienclan Haub und ist eines der ältesten deutschen Handelsunternehmen, das 2007 sein 140.

Firmenjahr feierte. Während es Probleme bei den Lebensmittelketten Plus und Kaiser's gibt, blüht beim Textildiscounter KiK das Geschäft.

Auf Expansionskurs

Der Umsatz mit Textilien stieg in der Tengelmann-Gruppe, laut der jährlich von der Zeitschrift „TextilWirtschaft“ erstellten Rangliste der größten Textileinzelhändler in Deutschland, im Jahr 2007 auf 1,5 Mrd. Euro, ein Plus von 17,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Über KiK wird gut Dreiviertel des Textilumsatzes realisiert (der Rest über die Plus-Filialen; vgl. Erlinger 2008).

Bei KiK sind 80 bis 90 Prozent des Warenangebotes Textilien, davon ein großer Teil für Kinder. Der Rest sind non-food-Artikel wie Spielwaren, Accessoires oder Kosmetika, sie sind letztlich nur Beiwerk. Mit einem durchschnittlichen jährlichen Zuwachs von 300 bis 400 Neueröffnungen europaweit übertrifft KiK seine Konkurrenten im Expansionsprozess deutlich. Getreu dem Motto „Jeden Arbeitstag eine neue Filiale!“ ist die Unternehmensführung stets auf der Suche nach neuen, attraktiven Ladenlokalen.

KiK hatte schon im zweiten Jahr nach seiner Gründung 225 Filialen. Zwischen 2000 und 2005 verdreifachte sich die Zahl der Filialen in Deutschland und Österreich. Mittlerweile verfügt KiK über mehr als 2.700 Filialen in sechs Ländern Europas. Im Jahr 2007 wurden Filialen in Slowenien und Tschechien eröffnet und 2008 folgten Filialen in Ungarn und der Slowakei. Bevorzugte Lagen sind Stadtränder und Kleinstädte, wo die Ladenmieten billig sind. KiK ist Deutschlands expansionsstärkstes Unternehmen.

Um die Anzahl seiner Filialen auf 3.000 erhöhen zu können, musste das Logistik-

zentrum in Bönen, wo auch die anderen Discounter Takko und Woolworth ihre Lager haben, ausgebaut werden. 2006 wurde dort ein Lager mit 41.000 Paletten-Stellplätzen geschaffen. Das 34 m hohe Hochregallager wird vollautomatisch ohne Personal betrieben und kann täglich über 100 Be- und Entladungen mit funkgesteuerten Fahrzeugen vornehmen.

Wer kauft bei KiK?

Ganz offensichtlich kümmert es die Konsumenten nicht, unter welchen Bedingungen die Kleidung hergestellt und verkauft wird. Kaum jemand scheint sich zu fragen, warum die Ware so billig angeboten wird. Laut einer Studie, die im Auftrag der Zeitschrift „TextilWirtschaft“ 2005 durchgeführt wurde, gibt es immer weniger Tabus bei der Wahl der Einkaufsstätten. Kunden kombinieren Discounter-Ware mit Designer-Labels. Nicht nur Empfänger von Hartz-IV-Leistungen kaufen bei KiK, sondern auch diejenigen, die sich teure Waren leisten können. Das einzige, das zählt, ist ein niedriger Preis. Warum die Ware so billig ist, wird nicht verraten. Verbraucherinnen und Verbraucher werden nicht aufgeklärt, sie können nur vermuten, dass bei einem solch niedrigen Preis irgendwo gespart werden muss (vgl. Albaum 2005).

Offensichtlich geht das Konzept auf: Die Tengelmann-Gruppe ist mit ihren Textilverkäufen in den Ketten Plus und KiK inzwischen Deutschlands siebtgrößter Textileinzelhändler und liegt damit kurz hinter Peek & Cloppenburg.

Die größten Textileinzelhändler 2007

Rang	Unternehmen	Umsatz 2007 (Mio. €)	Veränderung in %
1	Arcandor, Essen	4.170	-0,9
2	Otto, Hamburg	3.406*	-4,0
3	Metro, Düsseldorf	3.077*	unverändert
4	C & A, Düsseldorf	2.933	+4,4
5	Hennes & Mauritz, Hamburg	2.395	+10,1
6	Peek & Cloppenburg, Düsseldorf	1.511*	+1,0
7	Tengelmann, Mülheim/R.	1.498*	+17,6
8	Aldi-Gruppe, Essen/Mülheim/R.	1.050*	unverändert
8	Lidl, Neckarsulm	1.050*	+4,0
10	Tchibo, Hamburg	1.023*	-5,0

* geschätzt Quelle: Erlinger 2008

Das Unternehmen wirbt im Fernsehen, wo das T-Shirt-Maskottchen die Billigware anpreist. Hauptzielgruppe sind Frauen und Kinder, denn letztere werden als Käufergruppe immer wichtiger. In TV-Spots wird die Größe des Unternehmens und der Spottpreis seiner Waren betont. Da kosten die Damen-Fleecejacke und die Kinder-Skizhose jeweils 4,99 Euro, so viel wie ein Pfund Kaffee, das T-Shirt (1,99 Euro) weniger als ein Brot. Einkommensschwache Käuferschichten werden ganz gezielt angesprochen.

Wie kann KiK so billig verkaufen?

Dazu Geschäftsführer Stefan Heinig (Berliner Morgenpost, 16.09.2007): „Das kleine Schwarze für den Abend suchen Sie bei uns vergebens.“ Und auch: „Bei uns gibt es keine Klimaanlage.“ Und angesprochen auf die vielen unbezahlten Überstunden, die

seine Beschäftigten machen müssen, antwortet Heinig: „Das ist die Ausnahme. Außerdem habe ich für dieses Unternehmen schon so viel gearbeitet, dass ich auch was von meinen Mitarbeitern verlangen kann.“

Es wird durch die Ausschaltung von Zwischenhändlern gespart. Die Waren werden direkt bei den Fabriken in Asien bestellt. Dort in China, Indien und Bangladesch werden die international verbrieften Arbeitsrechte in der Regel nicht anerkannt.

Keine Betriebsräte!

Personal ist teuer, also muss man davon so wenig wie möglich haben. Dennoch beschäftigt das Unternehmen immerhin 14.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 3.500 Minijobber auf 400-Euro-Basis. Dort, wo es ohne Menschen nicht geht, nämlich in den Läden, arbeiten vor allem Auszubildende und Aushilfen. „Die sind billig und wehren sich nicht“, sagt Marlene Volkers, Einzelhandelsexpertin von ver.di in einem Bericht der Zeitschrift „Stern“ über KiK (Gronwald 2007). Deshalb gibt es keinen Betriebsrat bei KiK in Deutschland, denn bevor ein solcher sich auch nur bilden kann, werden die Angestellten entlassen. Die Beschäftigten in Österreich können davon ein Lied singen, denn dort ist es nach einem langen Arbeitskampf gelungen, einen Betriebsrat zu gründen. Die österreichische Gewerkschaft für Privatangestellte (GPA) hatte der Unternehmensführung im Laufe des Kampfes Stasi-Methoden vorgeworfen, erreichte aber letztlich die Schaffung eines Betriebsrates.

Dumpinglöhne!

Um Fachkräfte einzusparen, können Auszubildende schon nach rund einem Jahr die Leitung einer Filiale übernehmen – zu einem Mindestlohn von 750 Euro monatlich. Unterstützung bekommt sie oder er von ein paar Aushilfen, die mit einem Stundenlohn von unter fünf Euro zurechtkommen müs-

sen. Wer als Aushilfskraft beginnt, fängt mit einem Stundenlohn von 4,50 Euro an, so die TAZ (02.06.2007). Die Gewerkschaft ver.di hat im Oktober 2007 Klage gegen KiK wegen Lohndumping eingereicht. Eine Mitarbeiterin, die seit sechs Jahren in der Mülheim-Styrumer Filiale arbeitete, erhielt als Stundenlohn nur 5,20 Euro, und zudem hatte sie keinen Anspruch auf bezahlten Urlaub. Der Tariflohn einer Verkäuferin im sechsten Berufsjahr beträgt dagegen 12,30 Euro. Selbst ein nicht tarifgebundenes Unternehmen wie KiK darf laut Rechtsprechung höchstens um ein Drittel unter dem Tariflohn bleiben. Deshalb erstattete ver.di Strafanzeige gegen den Geschäftsführer des Unternehmens, Stefan Heinig.

Das Arbeitsgericht Dortmund hat KiK im Mai 2008 dazu verurteilt, den Stundenlohn der Teilzeit-Angestellten nun um rund drei Euro anzuheben. Angemessen seien mindestens 8,21 Euro, so das Gericht. Die bisherige Bezahlung der 58-Jährigen sei sittenwidrig. Und nicht nur das: Das Gericht signalisierte dem Textildiscounter unmissverständlich, dass sie die gesamten vertraglichen Vereinbarungen des Unternehmens für gesetzwidrig halte. „Was Sie da machen, das geht so nicht“, sagte die Richterin dem Unternehmensanwalt wörtlich. Laut Urteil muss das Unternehmen seiner geringfügig beschäftigten Angestellten außerdem Verdienstaufschlag bezahlen, da die Frau seit Oktober 2007 nur noch wenige Stunden pro Monat beschäftigt worden ist. Nach dem Teilzeit- und Befristungsgesetz stehe ihr jedoch mindestens eine Zehn-Stunden-Woche zu. Insgesamt muss der Textildiscounter der Klägerin rund 9.000 Euro nachzahlen. In dieser Summe ist neben dem eingeklagten Verdienstaufschlag auch die rückwirkende Anhebung des Stundenlohns seit 2004 enthalten.

Das Urteil ist die zweite Niederlage innerhalb weniger Wochen. In einem Parallelverfahren wurde das Unternehmen verpflichtet,

den Stundenlohn einer Mitarbeiterin anzuheben - und ihr rückwirkend für vier Jahre die Differenz zum angemessenen Lohn nachzuzahlen¹. Weitere Prozesse dürften folgen: Nach Angaben von ver.di sind in Deutschland eine Reihe ähnlicher Verfahren anhängig.

Auch auf anderen Gebieten praktiziert das Unternehmen Kostendämpfung. So müssen die Auszubildenden z.B. die Toiletten putzen und den Laden abends staubsaugen – so lässt sich gleich das Putzpersonal einsparen. KiK hat gemerkt, dass sich Auszubildende hervorragend ausbeuten lassen, deshalb hat das Unternehmen die Zahl der Auszubildenden von 750 im Jahr 2006 auf 1.100 im Jahr 2007 erhöht. Im Originalton lautet das so: „Die Nachwuchsförderung liegt uns sehr am Herzen, da wir in unseren eigenen Nachwuchs große Hoffnung und viele Erwartungen stecken.“

Ausbeutung der Näherinnen und Näher!

Nicht nur auf dem Rücken von weiblichem Personal hier in Deutschland – Frauen stellen einen hohen Anteil der Beschäftigten in den Läden – macht KiK seine Geschäfte, sondern auch auf dem Rücken der Tausenden von Näherinnen und Nähern in den Zulieferfabriken in asiatischen Ländern. Beschäftigte des Unternehmens kümmern sich vor Ort um den Einkauf, beobachten, wo Fabriken Restposten von Markenfirmen nicht mehr loswerden und kaufen diese zu Spottpreisen auf oder drücken ohne Rücksicht auf die Menschen vor Ort die Preise.

Das „Alternative Movement for Resources and Freedom Society“ (AMRF) untersuchte die Einkaufsstrategien von Discounter und die Arbeitsbedingungen bei sechs ausgewählten Lieferanten von Lidl und KiK in Bangladesch. In einer Broschüre der „Kampagne für saubere Kleidung“ werden die

Ergebnisse – massive Verletzungen von Arbeits- und Menschenrechten – dokumentiert (vgl. Alam/Burckhardt 2008).

In keiner der Fabriken waren Gewerkschaften vertreten oder betriebliche Interessenvertretungen der Arbeitnehmer anzutreffen. Unfreiwillige Überstunden waren häufig an der Tagesordnung und wurden selten vorher angekündigt. Wer keine Überstunden leisten wollte, musste mit fristloser Kündigung rechnen. Meist fehlten Arbeitsverträge, und Diskriminierungen von Frauen seien alltäglich. Die Abrechnung der mickrigen Löhne erfolgt nach nicht transparenten Kriterien.

Seit 2005 Jahren besitzt KiK einen so genannten Verhaltenskodex, der die unternehmerische Verantwortung unterstreichen soll. Darin finden sich Sozialstandards, die von Geschäftspartnern im Ausland erwartet werden: keine Arbeitskräfte unter 14 Jahren, angemessene Bezahlung, Rücksicht auf die Gesundheit der Arbeiter. Für den Fall, dass Kinderarbeit bei einem Zulieferer bekannt wird, ist im Kodex schwammig formuliert: „Geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Betroffenen müssen sofort ergriffen werden; dabei muss das Alter die soziale Herkunft und die Ausbildung des Kindes berücksichtigt werden, um das Wohlergehen des Kindes in Zukunft zu gewährleisten.“ (KiK-Textilien und Non-Food GmbH 2008) Ein geschäftsführender Gesellschafter hat jetzt zugegeben, dass die Kontrolle der Lieferanten schwer fällt. „Wir können Kinderarbeit bei der Produktion unserer Waren nicht zu 100 Prozent ausschließen“, sagte Heinz Speet der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ (Pott 2008). Das könne kein Handelsunternehmen, denn Sublieferanten in der Produktionskette seien schwer zu überwachen.

Zwar hat das Unternehmen inzwischen nach eigenen Angaben die Kontrollen verstärkt und schickt seit Anfang 2007 verstärkt Prüfer in Betriebe in China und Bang-

¹ Der Richter setzte dabei den Tariflohn als Vergleichskriterium an.

ladesch. Darüber hinaus wurde eine Stiftung für Not leidende Kinder gegründet und es wurde/wird sich an internationalen Hilfsprojekten beteiligt.

Nach Angaben der AMRF-Studie haben die befragten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer jedoch von einem Kodex bisher nichts gehört. Sie berichten zwar von Kontrollen durch westliche Geschäftspartner, vorher würden dann extra die Toiletten geputzt, die Angestellten eingeschüchtert und Jugendliche nach Hause geschickt, um den Verdacht, dass Menschen im Alter unter 14 Jahren beschäftigt sind, gar nicht erst aufkommen zu lassen.

Fazit: Sonntagsreden und Unternehmensalltag

Arbeitskraft zum Niedrigstpreis – in Bangladesch und in Deutschland. Das sind die Folgen von Globalisierung und Discountierung. Bangladesch ist nicht mehr weit weg, ähnliche Arbeitsverhältnisse haben wir schon um die Ecke beim Discounter.

Wie ist dagegen vorzugehen? Die freiwilligen Selbstverpflichtungen der Handelskonzerne haben bisher kaum zu überprüfbaren Verbesserungen der Arbeitsbedingungen geführt. Nach einer Untersuchung der Deloitte Touche GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft sind „Deutsche Unternehmen im Hinblick auf ihre gesellschaftliche Verantwortung (Corporate Social Responsibility – CSR) gut aufgestellt – in erster Linie auf dem Papier. Laut den Ergebnissen einer Befragung unter Konsumgüterindustrie- und Handelsunternehmen haben soziale und ökologische Standards insbesondere in der Unternehmens-PR einen hohen Stellenwert. In der Praxis verhalten sich viele Unternehmen jedoch vor allem bei der externen Überprüfbarkeit ihrer Standards zögerlich“ (Deloitte & Touche GmbH 2009).

Auch die Erfahrungen der „Kampagne für saubere Kleidung“ zeigen: Die freiwilligen Verhaltenskodizes – als CSR-Instrument – werden nicht umgesetzt. Sie sehen gut aus und dienen den Unternehmen als Schutzschild vor Kritik nach dem Motto: ‚Wir wollen ja bessere Arbeitsbedingungen, aber wir können sie bei unseren Lieferanten nicht durchsetzen.‘ Die großen Handelsunternehmen können sehr wohl die Qualität ihrer Ware prüfen – und tun dies bis in die Fabriken in den Niedriglohnländern hinein – aber sie sehen sich angeblich außer Stande, ihre Lieferanten bei der Einhaltung von Sozialstandards zu kontrollieren. Die Unternehmen, besonders die Discounter, sind nur an der Ware – zum niedrigsten Preis – interessiert; unter welchen Bedingungen sie hergestellt wird, interessiert sie nicht wirklich.

Vor diesem Hintergrund müssen gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, durch die die Implementierung verbindlicher grenzüberschreitender Unternehmensregeln ermöglicht und ihre Einhaltung effektiv kontrolliert werden können. Einzelne Länder wie Bangladesch und ihre Regierungen sind zu schwach, um die Interessen der eigenen Bevölkerung zu verteidigen. Als Befürchtungen werden häufig genannt, dass die Handelskonzerne in andere – billigere – Länder abwandern, wenn zu sehr auf die Einhaltung von Menschenrechten geachtet wird. Deutschland und die Europäische Union stellen politische Machtfaktoren dar, die verbindliche Regeln für Unternehmensverantwortung einführen könnten. Für eine soziale Gestaltung der Globalisierung sind diese unabdingbar, und es ist notwendig, international tätige Unternehmen zu einer Rechenschaft über ihr „globales Tun“ zu verpflichten.

Literatur

Alam, K./Burckhardt, G. (2008): Einkaufspraktiken und ihre Auswirkungen, in: Kampagne für ‚Saubere‘ Kleidung (Hg.): Wer bezahlt unsere Kleidung bei Lidl und KiK? Eine Studie über die Einkaufspraktiken der Discounter Lidl und KiK und ihre Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen bei den Lieferanten in Bangladesch, Berlin, Januar 2008, S. 46-49;

Albaum, M. (2005): TW-Einkaufsstätten-Studie Teil 1, in: TextilWirtschaft Heft 33/2005, S. 22-25;

Die Tageszeitung TAZ (02.06.2007): Textil-Kampf, Report, S. 3;

Erlinger, M. (2008): Punkten mit Profil. Die TW-Rangliste der Größten im deutschen Textil-einzelhandel dokumentiert zum 24. Mal den Markt, in: TextilWirtschaft Heft 42/2008, S. 4f; Beilage: Die Größten 2007;

Kampagne für ‚Saubere‘ Kleidung (Hg.) (2008): Wer bezahlt unsere Kleidung bei Lidl und KiK? Eine Studie über die Einkaufspraktiken der Discounter Lidl und KiK und ihre Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen bei den Lieferanten in Bangladesch, Berlin, Januar.

Internetquellen

Berliner Morgenpost (16.09.2007): Kik ist konkurrenzlos. Kik-Chef Stefan Heinig will nicht in die Öffentlichkeit. Dies ist das erste Interview, das der 45-Jährige je gegeben hat, in: Berliner Morgenpost, online verfügbar unter:

http://www.morgenpost.de/printarchiv/wirtschaft/article218969/Kik_ist_konkurrenzlos.html;

Deloitte & Touche GmbH (2009): CSR: Sonntagsreden und Unternehmensalltag. Deloitte-Studie zu Corporate Social Responsibility zeigt Licht- und Schattenseiten in der Unternehmensumsetzung, Pressemitteilung vom 27.02.2009, online verfügbar unter: http://www.deloitte.com/dtt/press_release/0,1014,sid%253D22697%2526cid%253D249749,00.html;

Gronwald, S. (2007): Hier zählt nur der Preis, in: Stern (06.05.2007), Heft 17/2007, Online verfügbar unter:

<http://www.stern.de/wirtschaft/unternehmen/unternehmen/Textildiscounter-Kik-Hier-Preis-/587595.html>;

KiK-Textilien und Non-Food GmbH (01.05.2008): Code of Conduct – Verhaltenskodex, online verfügbar unter:

http://www.kik-textilien.com/fileadmin/Abteilungen/Social_Compliance/KiK_CoC_HP_de.pdf;

Pott, W. (2008): Textildiscounter KiK schließt Kinderarbeit in der Produktion nicht aus, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung (07.05.2008), online verfügbar unter: <http://www.derwesten.de/nachrichten/waz/2008/5/7/news-44387492/detail.html>.

Nokia und der Standortwettbewerb in der EU¹

Institutionen des „Europäischen Sozialmodells“ sind unterentwickelt

Manfred Wannöffel

Die Ereignisse um die Verlagerung der Waschmaschinenproduktion des schwedischen Konzerns Elektrolux von Nürnberg nach Polen 2006, die Produktionsaufgabe von Mobilfunkgeräten des taiwanesischen Konzerns BenQ in Kamp-Lintfort 2007 und – im Januar 2008 – die Ankündigung des finnischen Konzerns Nokia, seine Mobilfunkproduktion aus Kostengründen komplett vom deutschen Standort Bochum nach Rumänien zu verlagern, sprechen eine deutliche Sprache: Die Öffnung des europäischen Marktes für Produkte und Dienstleistungen, insbesondere die Beseitigung aller Hemmnisse für den Transfer von Kapital und Arbeitsleistungen, die Einführung einer gemeinschaftlichen Währung sowie schließlich die Ost- und Südosterweiterung nach Bulgarien und Rumänien im Jahr 2007 kennzeichnen einen beschleunigten ökonomischen Integrationsprozess der Europäischen Union. Aktuelle wissenschaftliche Untersuchungen bestätigen, dass sich gerade mit den jüngsten Erweiterungen der EU die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Optionen für die Entwicklung von Branchen, Unternehmen und europäischen Regionen nachhaltig verändert haben (Wannöffel et. al. 2007). Trotz eines einheitlichen Rechtsrahmens des „Acquis communautaire“ bestehen weiterhin gravierende Unterschiede in den Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen sowie in den Entwicklungsperspektiven von Branchen, Unternehmen und Regionen. So liegt z. B. die Wirtschaftskraft Rumäniens mit 34,7 Prozent und Bulgariens mit 32,1 Prozent im Jahr 2006 deutlich unter dem Ni-

veau der 25 EU-Staaten; entsprechend liegen auch die Löhne in der bulgarischen und rumänischen Metall- und Elektroindustrie – trotz einer beachtlichen Verdoppelung in den letzten zehn Jahren – bei nicht einmal 10 Prozent des Lohnniveaus der westlichen EU-Länder (ebd.). Für den Nokia-Vorstand sind die Lohnkostenunterschiede das entscheidende Argument für die Standortverlagerung von Bochum nach Rumänien und Ungarn. Eine Angleichung von Wirtschaftskraft, Produktivität und Löhnen ist innerhalb der EU 27 auf viele Jahrzehnte nicht in Sicht. Ursache für diese gravierenden sozialen Unterschiede und die daraus resultierenden Exit-Optionen von Unternehmen und wachsenden sozialen Spannungen innerhalb der EU ist das Fehlen eines tragfähigen Pendant zur Wirtschafts- und Währungsunion, nämlich die Institutionalisierung eines „Europäischen Sozialmodells“. Denn ohne eine entwickelte Sozialunion wird sich das Machtverhältnis zwischen Arbeitnehmern/Gewerkschaften und Kapital immer weiter zugunsten der großen europäischen Konzerne verschieben.

Ohne „Sozialen Dialog“ kein „Europäisches Sozialmodell“

Was die Menschen heute in der EU verunsichert und sie den Glauben an ein Europäisches Sozialmodell und an einen Interessenausgleich verlieren lässt, sind einseitig beschlossene Produktionsverlagerungen aus den Kernländern der EU in die neuen Mitgliedstaaten, insbesondere wenn die Verlagerungen von Betriebsstätten einseitig mit dramatischen Arbeitsplatzverlusten

¹ Zuerst erschienen in WISO-direkt, Februar 2008.

in den Kernländern einhergehen und andererseits mit Steuergeldern unter dem Deckmantel regionaler Strukturentwicklung subventioniert werden. Durch diese sozial unverantwortlichen Unternehmensstrategien gerät der Grundkonsens über den sozialen Kernbestand Europas in Gefahr, der sich im Leitbild eines Europäischen Sozialmodells manifestiert. Im Zentrum des europäischen Sozialmodells steht der institutionalisierte „Soziale Dialog“ zwischen Kapital und Arbeit, in welchem die Modernisierung der industriellen Strukturen Europas, der soziale Interessenausgleich zwischen den europäischen Regionen und die Konturen Europäischer Arbeitsbeziehungen ausgehandelt werden sollen. Der Soziale Dialog charakterisiert dabei ein elementares soziales Bürgerrecht, in dem politische Beteiligungsrechte auch in der wirtschaftlichen Sphäre von Betrieb und Unternehmung der EU verankert werden, wie die uneingeschränkte Koalitionsfreiheit, das Recht auf Kollektivverhandlungen und der Ausschluss von Diskriminierung aufgrund von Alter, Geschlecht, religiöser und politischer Orientierung. Grundlage des Europäischen Sozialmodells stellen die wirklichen Partizipationsmöglichkeiten der Beschäftigten in der Wirtschaft und die daraus erwachsenden, authentischen Institutionen der Arbeitnehmer sowohl auf betrieblicher als auch auf Branchenebene dar.

Der Europäische Betriebsrat – derzeitiges Kernstück des Sozialen Dialogs

Eine Institution des Sozialen Dialogs innerhalb der EU ist seit 1994 der Europäische Betriebsrat (EBR). Dieser ist in allen Unternehmen zu bilden, die über mehr als 1.000 Mitarbeiter und in mindestens zwei EU-Ländern über Betriebsstätten mit 150 Mitarbeitern verfügen. Im Jahr 2008 sind deutlich mehr als 2.000 Unternehmen in der EU gesetzlich verpflichtet, einen EBR zu bilden. Wirklich einen EBR eingeführt haben bislang nur ca. 800 Unternehmen. Nur eine Minderheit von 40 Prozent EBR-fähigen Unternehmen verfügt in der EU also über einen EBR mit insgesamt 14,5 Millionen Ar-

beitnehmern. Hier existiert reichlich Nachholbedarf bei der Einrichtung von Europäischen Betriebsräten.

Der EBR soll das Recht auf grenzübergreifende Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer in gemeinschaftsweit tätigen Unternehmen und Unternehmensgruppen verwirklichen. Die grenzübergreifende Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer über die Entwicklung der Geschäftslage erstreckt sich in einem Unternehmen auf alle in einem Mitgliedstaat liegenden Betriebe sowie in einer Unternehmensgruppe auf alle Unternehmen, die ihren Sitz in einem Mitgliedstaat haben. Die Anhörung im Sinne dieses Gesetzes bezeichnet die Einrichtung eines Sozialen Dialogs zwischen den Arbeitnehmervertretern und dem Management über die wirtschaftlichen Potentiale eines Unternehmens.

Produktionsverlagerungen – Handlungsoptionen für Europäische Betriebsräte

Standortentscheidungen sind unternehmerische Grundentscheidungen, die wegen ihres langfristigen Einflusses auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und auf die Arbeitsplatzentwicklung in Deutschland von hoher strategischer Bedeutung sowohl für das Unternehmen als auch für die Beschäftigten und ihre Interessenvertretungen sind. Entscheidungen über Produktionsverlagerungen in Länder mit einem niedrigen Kostenniveau sind dabei aufgrund ihrer Beschäftigungseffekte ein besonderes Handlungsfeld von EBRs. Mit der Erweiterung von ausländischen Produktionskapazitäten und Standortentscheidungen werden die Wertschöpfungsketten der Unternehmen grenzüberschreitend reorganisiert. Diese Entwicklungen führen zu strukturellen Veränderungen grenzüberschreitender Arbeits- und Produktionsorganisation in der EU, die auf die Praxis und die Reichweite betrieblicher und gewerkschaftlicher Interessenvertretungsarbeit einwirken. Angesichts der Reorganisationen der Wertschöpfungskette bei großen Unterschieden der jeweiligen Faktorkosten, Löhne und nationalen Stand-

ortvorteile sehen sich die Betriebsräte und Gewerkschaften in den Industrieunternehmen mit Anforderungen konfrontiert, die sich im Kern um Fragen der Beschäftigungssicherung und der Einhaltung von (kollektivvertraglich vereinbarten) Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen drehen.

Die Produktionsverlagerungen in Länder mit geringeren Fertigungskosten haben zu signifikanten Beschäftigungseinbrüchen insbesondere in der hiesigen Elektronikindustrie geführt (siehe Elektrolux 2006 und BenQ 2007) und forcieren die Suche nach betriebsrätlichen und gewerkschaftlichen Strategien und Instrumenten zur Sicherung von Produktionsstandorten und Beschäftigung. Im Zentrum stehen in diesem Kontext die Fragen, ob Betriebsräte und Gewerkschaften auf die Standortsicherung und Gestaltung der Internationalisierungs- und Verlagerungsstrategien einwirken können und welche Handlungsoptionen sich ihnen hierbei bieten. Die Innovationsfähigkeit und die Kompetenzentwicklung der betrieblichen und gewerkschaftlichen Akteure sind dabei die Schlüsselfaktoren des wirtschaftlichen Erfolgs und der Beschäftigungsstabilität im globalen Wettbewerb.

Standortvorteile vergleichen – Arbeitsplätze sichern

Im Rahmen des Sozialen Dialogs zwischen EBR und Management müssen die realen Kosten von Entscheidungen über den Aufbau internationaler Produktionsstandorte erfasst und offen gelegt werden, um den Beschäftigten und ihren Interessenvertretern die Möglichkeit zu geben, Alternativvorschläge zu Standortverlagerungen zu entwickeln, die dann vom Management angehört werden müssen. Die IG Metall hat dazu das Aktionsprogramm „Besser statt billiger“ entwickelt und Handlungshilfen für Betriebsräte bei Standortentscheidungen erarbeitet. Grundlage dieser Handlungshilfen stellen Panel-Untersuchungen des Fraunhofer Instituts für System- und Innovationsforschung (ISI) in Karlsruhe dar (Kinkel/Zanker 2007). Das Fraunhofer Institut kommt zu

dem Ergebnis, dass langfristig erfolgreiche Unternehmen auch an ihren deutschen Standorten kontinuierlich ein Beschäftigungswachstum zu verzeichnen haben. Sie positionieren sich vorrangig über innovative Technologien und Lösungen im Wettbewerb und investieren überdurchschnittlich in Forschung und Entwicklung. Sie sind nicht nur bei Produkt-, sondern auch bei Prozessinnovationen führend. Aus diesem Zusammenspiel errechnet das ISI Produktivitätssprünge von 15 bis 30 Prozent an bestehenden deutschen Standorten, die aber bei kostenorientierten Standortvergleichen in der Regel nicht kalkuliert werden.

Auch der Netzwerkbedarf und das Netzwerkpotential am jeweiligen Standort haben einen hohen ökonomischen Wert, der nicht in Standortvergleiche einbezogen wird. Probleme beim Netzwerkaufbau im Ausland werden unterschätzt, so auch die Kosten für die Betreuung und Koordination ausländischer Produktionsstandorte: Diese werden nicht immer verursachungsgerecht zugewiesen, sind nicht selten höher als vermutet und können in der Anlaufphase durchaus 10 Prozent der Gesamtkosten ausmachen. Zudem schlagen die Qualifizierungskosten mit etwa 4,5 Prozent bis 9,5 Prozent der Gesamtkosten zu Buche. So schlussfolgert das Fraunhofer Institut, dass bei den Standortentscheidungen hemdsärmelige Ansätze überwiegen. Vor allem die deutschen Standorte werden in die Vergleichsrechnungen nicht mehr als Alternative einbezogen. Die Suche nach Alternativen ist durch interne Vorentscheidungen bereits auf bestimmte Regionen Ost- und Südosteuropas eher eingeschränkt. Produktivitätsvergleiche von Standortalternativen finden deshalb in der Regel nicht auf einer fairen Basis unter Berücksichtigung noch realisierbarer Optimierungspotentiale an den bestehenden Standorten statt. Aus der Sicht der Karlsruher Forscher ist die Annahme, dass sich die positiven Wirkungen von Optimierungsmaßnahmen an bestehenden Standorten erst später einstellen als die Vorteile einer kostengünstigen Auslandsproduktion, durch die EBRs mittels Expertise und Alternativ-

vorschlägen zu hinterfragen. Die empirischen Erfahrungen bei Standortentscheidung ins Ausland deuten darauf hin, dass einerseits bei der Erlöswirkung von Auslandsproduktionen mit erheblichem Zeitverzug zu rechnen ist, andererseits der erwartete Erlös oftmals gar nicht erst realisiert wird. Zwischen Mitte 2004 und Mitte 2006 verlagerten 15 Prozent aller Industrieunternehmen Teile der Produktion ins Ausland. Aber nicht jeder Betrieb machte dabei gute Erfahrungen. Jedes sechste Unternehmen kehrte nach vier bis fünf Jahren nach Deutschland zurück.

Schlussfolgerungen

Einseitig beschlossene Produktionsverlagerungen von Unternehmen aus den Kernländern der EU in die neuen Mitgliedstaaten – wie im aktuellen Fall von Nokia – widersprechen allem, wofür die sozialen Bürgerrechte in der EU, der Soziale Dialog und die Europäischen Betriebsräte seit den 1980er Jahren entwickelt worden sind. Die sozialen Bürgerrechte zielen auf die Institutionalisierung eines Europäischen Sozialmodells des Interessenausgleichs zwischen Kapital und Arbeit als funktionierendes Pendant zur Wirtschafts- und Währungsunion.

Der Soziale Dialog mit seinem Kernstück EBR beabsichtigt, Arbeitnehmer an unterschiedlichen Standorten in mehreren Ländern gleichzeitig über die Unternehmensentwicklung zu informieren, damit sie nicht gegeneinander ausgespielt oder vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Dafür gibt es auch positive Beispiele, wie die Auseinandersetzung um den Erhalt der europäischen Standorte von General Motors in den Jahren 2004–2007 und hier speziell des Opel-Standorts in Bochum zeigt. Laut des Gesetzes über Europäische Betriebsräte muss die Konzernleitung den EBR über außergewöhnliche Umstände, die erhebliche Auswirkungen auf die Interessen der Arbeitnehmer haben, rechtzeitig unter Vorlage der erforderlichen Unterlagen unterrichten und auf Wunsch auch Alternativkonzepte

anhören. Rechtzeitig bedeutet in diesem Zusammenhang, dass die Entscheidungen von der Konzernleitung noch nicht getroffen sein dürfen und eine Berücksichtigung der Vorstellungen des EBR noch möglich ist. Genau dies haben die Arbeitnehmervertreter von GM-Europe durch die Arbeit eines transnationalen Gewerkschaftsnetzwerkes (Delta) erreicht. Es ist deshalb unbestritten, dass einseitige Ankündigungen von Produktionsverlagerungen, denen keine Konsultationen im Rahmen des EBRs vorausgegangen sind, mit den Intentionen des Sozialen Dialogs nichts zu tun haben. Im Fall Nokia ist bekannt, dass eine Information und Konsultation des EBRs nicht erfolgte, und so wird diesem Recht vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) durch eine Klage nunmehr Geltung verschafft.

Der Fall Nokia unterstreicht aber auch, dass die Akteure des Sozialen Dialogs und die EBRs in Zukunft ihre Repräsentativität durch einen verbesserten Organisationsgrad und durch Einbringung von Mitbestimmungsrechten bei Standortentscheidungen (VW-Gesetz) auszubauen haben, denn schließlich sind eine qualifizierte Mitbestimmung der Arbeitnehmer und der darauf aufbauende Soziale Dialog das eigentliche Fundament des Europäischen Sozialmodells. Der Soziale Dialog konnte bislang seine soziale Bindekraft noch nicht voll entfalten und seine Wirkung auf Verhandlungen bei Standortverlagerungen war bislang gering. Hier können in Zukunft grenzüberschreitende Gewerkschaftsnetzwerke auf der Ebene multinationaler Unternehmen – wie der Fall GM-Europe zeigt² – unterstützend wirken.

² vgl. den Artikel von Manfred Wannöffel „Mit einem europäischen Produktionsmodell und dem Ausbau der Mitbestimmung aus der Krise: das Beispiel Opel“ in diesem Heft

Literatur

IGM Bezirk NRW (Hg.) (2007): Standorte fair vergleichen – Arbeitsplätze sichern! Handlungshilfe für Betriebsräte, Düsseldorf 2007;

IGM Bezirk NRW (Hg.) (2007a): Betrieb verbessern – Arbeit sichern. Eine Handlungshilfe für Betriebsräte, Düsseldorf 2007;

Kinkel, S./Zanker, C. (2007): Internationale Produktionsstrategien bei Automobilzulieferern – Erfahrungen und Muster, in: WSI-Mitteilungen 1/2007;

Wannöffel, M. et. al. (2007): Economic structures in south-eastern Europe and Turkey: a view from the metalworking industry, in: South East Europe Review, Issue 02/2007: Macroeconomic stability, economic reforms, restructuring.

Europäische Solidarität im internationalen Wettbewerb

Die Rolle von Europäischen Betriebsräten bei Restrukturierungsprozessen am Beispiel von Opel

Veronika Dehnen

Die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise setzt besonders die Automobilindustrie unter enormen Druck. Sie ist von der Krise deshalb so stark betroffen, weil sie bereits lange vor der aktuellen Krise mit Überkapazitäten, internationaler Vernetzung, Absatzrückgang und einem sich stetig verschärfenden Preisdruck konfrontiert war. Die heutige Krisensituation in der Automobilindustrie ist zum Teil also hausgemacht und stellt die Arbeitnehmerinteressenvertretungen vor allem in Europa seit Jahren vor große Herausforderungen. Um Arbeitsplätze in den europäischen Standorten zu sichern, bedarf es einer europäischen Gesamtstrategie, die sich gegen einen standortbezogenen Protektionismus und für einen Interessensausgleich zwischen den Beschäftigten in Europa einsetzt.

Handlungsoptionen durch Europäische Betriebsräte

Für ein koordiniertes Vorgehen der Arbeitnehmerinteressenvertretung auf europäischer Ebene kommt auf Unternehmensebene den Europäischen Betriebsräten eine besondere Rolle zu. Sie fungieren – im Idealfall – als Bindeglied zwischen den jeweiligen nationalen Akteuren der Standortinteressenvertretung und als Informations- und Konsultationsgremium für die Arbeitnehmerseite. Laut Richtlinie der EU-Kommission stellen Europäische Betriebsräte ein Informations- und Konsultationsgremium dar, das bei Themen, die mehr als einen Standort in Europa betreffen, rechtzeitig vom Management des Unternehmens informiert und vor Entscheidungen konsul-

tiert werden muss.¹ Heute gibt es in mehr als 820 Unternehmen einen Europäischen Betriebsrat. Diese Gremien unterscheiden sich aber sehr stark bezüglich ihrer Handlungsfähigkeit (siehe z.B. Studien von Kothoff 2006b; Lecher et al. 1999; Marginson et al. 2004; Waddington 2006). So finden sich Europäische Betriebsräte (EBRs), die lediglich als Informationsmedium für die jeweiligen nationalen und standortbezogenen Interessen genutzt werden als auch einige wenige EBRs, die in ihrer Handlungsfähigkeit über den zugeschriebenen rechtlichen Rahmen hinaus gehen und sich zu Verhandlungsgremien entwickelt haben. Einige dieser hoch entwickelten EBRs finden sich in der Automobilindustrie (vgl. Hertwig et al. 2009). Europäische Betriebsräte haben durch ihren rechtlich zugeschriebenen Rahmen Zugang zu transnationalen Themen und bekommen Einblick in die wirtschaftliche Verfassung des Unternehmens und seine zukünftigen Investitions- und Restrukturierungspläne. Dieses Wissen kann von den Akteuren im EBR genutzt werden, gemeinsame Positionen und Strategien zu entwickeln, um Standorte und Beschäftigung in Europa zu sichern.

Die Krise der Automobilindustrie

Gerade in Krisenzeiten eines Unternehmens ist die Informationsweitergabe durch EBRs von entscheidender Bedeutung, wenn es zu nationalen oder standortbezogenen Verhandlungen zwischen Manage-

¹ vgl. http://ec.europa.eu/employment_social/labour_law/documentation_en.htm#12

ment und Arbeitnehmerinteressenvertretung über die Restrukturierung der Standorte kommt.

Seit Anfang der 1990er Jahre steckt die europäische und US-amerikanische Automobilindustrie in der Krise. Trotz Nachfrage-rückganges wurden, vor dem Hintergrund der Zugangsmöglichkeiten zu neuen Märkten, neue Produktionsstandorte in Osteuropa und Asien aufgebaut. Dies führte nach und nach zu einem Aufbau von Überkapazitäten. Um mit den Überkapazitäten umzugehen, wurden von Managementseite Formen der Arbeitsorganisation und Verhandlungsstrategien entwickelt, die die Arbeitnehmerinteressenvertretungen der einzelnen Standorte unter starken Konkurrenzdruck setzten. Der Aufbau von Plattformen und „interbuildability“ – also die Parallelproduktion verschiedener Modelle auf einer Montageplattform bei gleichzeitiger Parallelproduktion eines Modells an mehreren Standorten – führte noch Ende der 1990er Jahre dazu, dass Arbeitnehmerinteressenvertretungen an den einzelnen Standorten tiefe Konzessionen bei Arbeitszeit und Löhnen hinnahmen, um ihren jeweiligen Standort zu sichern (Schulten et al. 2002). Der Unterbietungswettbewerb resultierte in einer Abwärtsspirale bei den Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen besonders an westeuropäischen Standorten, die in direkter Konkurrenz zu Produktionsstätten in den heutigen neuen EU-Mitgliedstaaten standen. Dies gilt besonders für Massenhersteller wie General Motors oder Ford, die über den Preis konkurrieren.

Der Europäische Betriebsrat bei General Motors als „Best-Practice-Beispiel“

Dieses rein standortbezogene Vorgehen hat dem Management über viele Jahre die Möglichkeit gegeben, die einzelnen Standorte in Konkurrenz zueinander zu setzen und ihre Überkapazitäten durch massive Einschnitte bei den Beschäftigten abzubauen. Die Fehlentscheidungen des Manage-

ments, für den Zugang zu neuen Märkten ein starkes Anwachsen von Überkapazitäten in Kauf zu nehmen, wurden damit auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen.

Um dem Standortwettbewerb und der Verschlechterung der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen entgegenzuwirken, nahm sich der EBR bei General Motors (genannt: „European Employee Forum“ EEF) seiner koordinierenden Aufgabe an. Nach den negativen Erfahrungen mit Standortsicherungsvereinbarungen entwickelte sich das EEF seit 1998 von einem reinen Informations- und Konsultationsgremium nach und nach zu einem Verhandlungsgremium für das europäische Management von General Motors (Fetzer 2008; Kotthoff 2006a). Dazu gehörte auch die Einbindung des polnischen Standortes Gliwice in das EEF im Jahr 2000 – also vor dem EU-Beitritt Polens – und die Koordinierung europäischer Aktions- und Protesttage mithilfe nationaler Gewerkschaften und dem Europäischen Metallgewerkschaftsbund (EMB). Zwischen den Jahren 2000 und 2009 ist es dem EEF gelungen, sechs europäische Rahmenvereinbarungen mit dem Management abzuschließen, die vor allem den Erhalt aller bestehenden europäischen Standorte und die Absicherung der herrschenden Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen zum Inhalt hatten.

Europäische Rahmenvereinbarungen bei General Motors

2000	Joint-VentureVerhandlungen mit Fiat; Regelung des Status' der Beschäftigten im Joint-Venture; gemeinsamer Betrieb, dauerhafte Gleichstellung aller Powertrain-mitarbeiter.
2001	Angedrohte Schließung des englischen Werkes Luton führt zu einem 1. europäischen Aktionstag; Erhalt des Werkes Luton und Beschäftigungsabbau über Transfer in ein anderes Werk bei gleich bleibenden Beschäftigungsbedingungen.

2001	Einführung des Olympia-Programms durch das Management zum Abbau von Überkapazitäten in Europa; Zustimmung zur Reduzierung von Überkapazitäten, allerdings ohne Standortschließungen und betriebsbedingte Kündigungen.
2004	Ankündigung neuer Restrukturierungsmaßnahmen mit dem Abbau von 12.000 Arbeitsplätzen in Europa; Verhandlungen begleitet von einem 2. europäischen Aktionstag und mehrtägigen „Informationsveranstaltungen“ („wilder Streik“) im Bochumer Opel-Werk; Verhandlungen führen zur Managementzusage, keinen Standort zu schließen.
2007	Produktionsvergabe für den neuen Opel-Astra; Erhalt aller fünf im Wettbewerb stehenden europäischen Standorte und Produktionszusagen für das Werk Antwerpen, das zukünftig nicht mehr Astra produzieren wird; Verhandlungen begleitet von einem 3. europäischen Aktionstag.
2008	Europäischer Rahmenvertrag sichert die Delta-Standorte ab; Europäische Rahmenvereinbarung über Outsourcing und spin-off sichert erstmals Informations- und Konsultationsrecht sowie soziale Mindeststandards für alle europäischen Standorte bei Auslagerungen.
2009	Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise; Management verpflichtet sich dazu, die Krise ohne Standortschließungen zu meistern; Absichtserklärung des Konzernmanagements nicht verbindlich.

Quelle: Bartmann/Dehnen 2009; eigene Recherche und Zusammenstellung

Durch das europäisch koordinierte Vorgehen des EEFs war es möglich, die Standorte in Europa zu sichern und sich gleichzeitig aktiv an der Ausgestaltung der Restrukturierungsprozesse zu beteiligen. Da das Ziel des Managements einen Abbau von Überkapazitäten und somit auch einen Abbau der Arbeitsplätze in Europa vorsah, sind die Rahmenvereinbarungen natürlich nicht ohne Einschnitte für die Beschäftigten von statten gegangen. Der Abbau der Arbeitsplätze konnte allerdings „sozial verträglich“

ausgestaltet werden. Außerdem konnte durch die Sicherung der Standorte verhindert werden, dass einzelne Regionen tausende von Arbeitsplätzen verlieren. Da die Werke regional in Zuliefernetzwerke und andere Wirtschaftsnetze eingebunden sind, hätte eine Standortschließung weitaus größere Folgen als „nur“ den Verlust der Arbeitsplätze in einem einzigen Werk allein.

Der Standortwettbewerb um Produktionsvergaben und die Folgen für Opel Bochum

Das Wissen um die Folgen für die Region könnte auch mit ein Motiv dafür gewesen sein, warum sich Beschäftigte des Bochumer Opel-Werkes im Oktober zu einem „wilden Streik“ entschlossen, um für den Erhalt ihres Standortes zu kämpfen. Die angekündigten Restrukturierungsprozesse im Herbst 2004 sahen einen Abbau von 12.000 Arbeitsplätzen in Europa vor. Viele von ihnen sollten in den deutschen Werken Bochum, Eisenach, Kaiserslautern und Rüsselsheim abgebaut werden. Parallel dazu standen Entscheidungen über die Produktionsvergabe der Modelle Saab und Opel Vectra für die Werke Rüsselsheim und Trollhättan (Schweden) an. In dieser Phase einigten sich die Standortvertreter der konkurrierenden Standorte Rüsselsheim und Trollhättan darauf, gemeinsame Standards bei den Verhandlungen mit dem Management anzuwenden, um einem Unterbietungswettbewerb bei der Produktionsvergabe entgegenzuwirken. Außerdem wurde die Regelung getroffen, dass national geltende Tarifverträge nicht unterwandert werden dürften und dass beide Standorte erhalten bleiben sollten (Bartmann/Blum-Geenen 2005). Diese Standards prägten die Verhandlungen und führten dazu, dass beide Standorte erhalten blieben. Heute ist der Standort Trollhättan durch die Insolvenz von Saab wieder stark gefährdet. Auch die Restrukturierungsprozesse für die anderen Standorte konnten durch die europäische

Rahmenvereinbarung beeinflusst werden.

Zu Beginn des Jahres 2005 verkündete das Management von General Motors, dass die Produktionsvergabe des neuen Opel-Astra Modells für 2010 durch einen Wettbewerb zwischen den Standorten entschieden werden sollte. Auf Seiten der Arbeitnehmerinteressenvertretung wurde dieser Vergleich als „Schönheitswettbewerb“ bezeichnet. Als mögliche Produktionsstandorte kamen die Werke in Antwerpen (Belgien), Bochum (Deutschland), Ellesmere Port (England), Gliwice (Polen) und Trollhättan (Schweden) in Frage. Diese sollten auf Grundlage von wirtschaftlichen Kennziffern miteinander verglichen werden. In den Reihen der Arbeitnehmerinteressenvertretung war damit die Befürchtung verbunden, dass eines, eventuell auch zwei, der fünf Werke geschlossen werden könnten, um bestehende Überkapazitäten abzubauen. Ausgenommen das polnische Werk Gliwice, hätten alle Werke von der Schließung betroffen sein können. Um einer möglichen Standortschließung entgegenzuwirken und die Entscheidungen des Managements zu beeinflussen, wurde die so genannte „Delta Gruppe“ ins Leben gerufen. Mit Unterstützung der IG Metall und des EMBs sollte diese Gruppe die Zeit bis zur Produktionsvergabe 2007 dazu nutzen, die Arbeitnehmerinteressenvertretungen der fünf betroffenen Standorte, nationale und europäische Gewerkschaften sowie das EEF miteinander zu vernetzen und eine gemeinsame Strategie zu entwickeln, wie die Produktion gerecht zwischen den Standorten aufgeteilt werden könnte, um alle Standorte zu sichern. Durch einen regelmäßigen persönlichen Austausch und die bereits gemachten positiven Erfahrungen mit der Kooperation auf europäischer Ebene im EEF war es der Delta Gruppe möglich, eine gemeinsame Vereinbarung zur Sicherung der Standorte und zu Verhandlungsregeln mit dem Management treffen. Der notwendige, enge Austausch zwischen den Standortvertretern war

durch die finanzielle Unterstützung über das GMEECO-Projekt („Requirements and Perspectives of the General Motors Europe Employees Cooperation“) möglich. Die Projektmittel wurden von der IG Metall bei der Kommission beantragt und genehmigt. Die Verhaltensregeln bei standortbezogenen Verhandlungen mit dem Management wurden in einem europäischen Solidaritätsversprechen² festgehalten. Darin einigten sich die unterschiedlichen Akteure der Arbeitnehmerinteressenvertretung auf folgende Punkte:

- (a) die Entwicklung von Mindeststandards und eine gemeinsame Absprache bezüglich Angeboten des Managements zur Produktionsvergabe;
- (b) direkte Information und Konsultation der Gruppe bei Angelegenheiten, die die Gruppe betreffen;
- (c) Monitoring der Kapazitätsauslastung und der Produktionsplanung der einzelnen Werke;
- (d) Forcierung einer europäischen Rahmenvereinbarung zum Delta-Standortauswahlprozess mit dem Management;
- (e) Kommunikation nach Außen und eine proaktive Medienstrategie;
- (f) Austausch, Kommunikation und Training;
- (g) unterstützende Aktivitäten und Solidarität zwischen den Standorten.

Auf Grundlage des Solidaritätsversprechens einigten sich die Akteure in der Delta-Gruppe außerdem darauf, dass auch bei diesen Verhandlungen um die Produktionsvergabe national geltende Tarifvereinbarungen nicht unterwandert werden dürften und alle Standorte gesichert werden sollten. Die Einigung mit dem Management bedeutete trotzdem Zugeständnisse der Beschäf-

² zum Download unter:
www.gmworkersblog.com/content/download/191/1055/file/solidarity%20pledge%20DE.pdf

tigten bei den Arbeitsplatz- und Beschäftigungsbedingungen, um die Standorte zu sichern. Das Bochumer Opel-Werk hatte bereits im Zuge der Restrukturierungsprozesse 2004 die Produktion flexibilisiert, Unternehmensteile outgesourct und Arbeitsplätze reduziert. Die outgesourcten Arbeitsplätze wurden durch Partnerschaften und Joint-Ventures, mindestens zu den Bedingungen des Tarifvertrages der Metall- und Elektroindustrie NRW, für 10 Jahre übernommen. Anschließend gelten die Branchen-Tarifverträge der IG Metall. Der Opel-Betriebsrat ist weiterhin für die Beschäftigten zuständig und die Arbeitsplätze verbleiben am Standort. Zur langfristigen Standortsicherung ist ein so genanntes „Automobilcluster“ am Standort Bochum geplant. Wegen des Outsourcings 2004 folgten 2007 keine weiteren großen Einschnitte für den Standort Bochum. Für die Stadt Bochum und die angrenzenden Regionen bedeutete der Erhalt des Werkes auch den Erhalt eines der größten Arbeitgeber in Bochum neben der Ruhr-Universität Bochum. Durch die Schließung des Nokia-Werkes in Bochum im Jahr 2008, ist Opel in seiner Bedeutung für die Stadt sogar noch gestiegen.

Grenzen europäischer Solidarität

Die Verständigung auf gemeinsame Prinzipien in der Delta-Gruppe war nur deshalb möglich, weil sich innerhalb des EEFs und auch innerhalb der Delta-Gruppe im Laufe der Zeit eine vertrauensvolle Zusammenarbeit entwickelt hat. Wäre ein grundlegendes Vertrauen dahingehend, dass sich die Standorte auch an die Regelungen halten, nicht gegeben gewesen, wäre die Kooperation mit dem Ergebnis, dass alle Standorte erhalten worden sind, nicht möglich gewesen. Die verschiedenen Akteure der Arbeitnehmerinteressenvertretung auf Standort-, nationaler und europäischer Ebene empfanden die Strategien des Managements und den andauernden Standortwettbewerb

als gemeinsame Bedrohung, die nur über europäische Strukturen überwunden werden konnte – dass eine Standortbezogene, protektionistische Strategie nicht zum Erfolg führt, hatten die Arbeitnehmerinteressenvertretungen bereits Ende der 1990er Jahre erfahren müssen (Bartmann/Dehnen 2009; Fetzer 2008; Banyuls et al. 2008). Darüber hinaus erweiterten auch strukturelle Faktoren, wie das Vorhandensein eines europäischen Managements als „Gegenpart“ zum EBR und der transnationale Aufbau des Unternehmens und des EEFs in Europa (nach Hertwig et al. 2009) die Handlungsmöglichkeiten des EEFs und der Delta-Gruppe.

Da eine Reihe unterschiedlicher Faktoren für die Handlungsfähigkeit des EBRs bei General Motors verantwortlich sind, ist eine Übertragung dieses „Best-Practice-Beispiels“ auf andere Unternehmen schwierig. Es lassen sich aber einige Grundvoraussetzungen ablesen, die die Handlungsmöglichkeiten für die Akteure der Arbeitnehmerinteressenvertretung in Krisensituationen erweitern.

Kooperation oder auch Solidarität ist generell als ein Entwicklungsprozess zu verstehen, der langsam aufgebaut werden muss und der ohne den Aufbau von Vertrauen unmöglich sein wird. Gerade bei der Kooperation über nationale Grenzen hinweg ist ein gemeinsames Verständnis für die Situation und die Rahmenbedingungen der einzelnen nationalen Vertretungsstrukturen wichtig, um Missverständnisse zu vermeiden und gemeinsame Regelungen treffen zu können. Die Internationalisierung und Vernetzung von Wirtschaftsprozessen hat auch Auswirkungen auf Standortentscheidungen. Damit sind standortbezogene oder nationale Reaktionen auf Restrukturierungsprozesse für die Arbeitnehmerinteressenvertretung keine Handlungsoption mehr. Vielmehr muss ein Netzwerk zwischen den verschiedenen Ebenen geschaffen werden, um Beschäftigteninteressen wirksam vertreten zu

können. Um eine europäische Vernetzung zu schaffen, bedarf es auch der Unterstützung der nationalen, aber auch der europäischen Gewerkschaftszusammenschlüsse. Außerdem müssen sich die Akteure in einem solchen Netzwerk auf einen Interessensausgleich einigen können. Aufgrund der vielen unterschiedlichen Interessen, die z.B. Vertreter unterschiedlicher Standorte verfolgen, ist es kaum möglich, alle Forderungen und Interessen zu erfüllen.

Daher ist das europäische Vorgehen bei der Arbeitnehmerinteressenvertretung von General Motors derzeit noch als Einzelfall zu betrachten. In vielen anderen Fällen (aktuell z.B. bei Villeroy & Boch) setzen die Arbeitnehmerinteressenvertretungen noch auf lokale Strategien, um „die eigene Haut zu retten“. Auch bei General Motors hat jeder Standort auch immer die eigenen Interessen im Hinterkopf; da die Produktionsvolumina in Europa abnehmen, stehen die Standorte im Wettbewerb um die Verteilung von Produktionsquoten.

Handlungsmöglichkeiten für Arbeitnehmerinteressenvertretungen in der aktuellen Krise

Ein solcher Interessensausgleich und eine solidarische Zusammenarbeit von Akteuren der Arbeitnehmerinteressenvertretung gestalten sich in der derzeitigen Situation der Finanz- und Wirtschaftskrise noch schwieriger, vor allem dann, wenn vorher keine Strukturen für die Kooperation gelegt wurden. Das Wirtschaftssystem und auch die Krise stoppen nicht an Europas Grenzen. Daher wäre ein europäisches Netzwerk nicht ausreichend. Eine internationale, globale Vernetzung ist, im Hinblick auf die zu erfüllenden Voraussetzungen und die aufgezeigten Schwierigkeiten eines europäischen Interessensausgleichs, schwer durchführbar. Der Umgang mit der Krise beim amerikanischen Mutterkonzern General Motors zeigt, dass durch eine Zusammenarbeit und gemeinsame Strategie von europäischer und US-amerikanischer Arbeitnehmerinteressenvertretung Konzepte ausgearbeitet werden könnten, um Standorte und Arbeitsplätze zu sichern. Dass eine solche Kooperation stattfinden wird, ist derzeit nicht absehbar.

Literatur

Banyuls, J.; Haipeter, T.; Neumann, L. (2008): European Works Council at General Motors Europe: bargaining efficiency in regime competition. In: Industrial Relations Journal, Jg. 39, H. 6, S. 532–547;

Bartmann, M.; Blum-Geenen, S. (2005): Wenn es ernst wird im Eurobetriebsrat, in: Die Mitbestimmung, H. 3, S. 34–37;

Bartmann, M.; Dehnen, V. (2009): Cooperation versus competition. Union and works council strategies in the Delta site-selection process at General Motors Europe, in: Hertwig M.; Pries, L.; Rampeltshammer, L. (Hg.): European Works Councils in a transnational perspective, Brüssel, ETUI;

Fetzer, T. (2008): European Works Councils as Risk Communities: The case of General Motors, in: European Journal of Industrial Relations, Jg. 14, H. 3, S. 289–308;

Hertwig M.; Pries, L.; Rampeltshammer L. (Hg.) (2009): European Works Councils in a transnational perspective, Brüssel: ETUI;

Kotthoff, H. (2006a): 10 Jahre Europäisches GM Arbeitnehmerforum (EEF), unveröffentlichter Bericht;

Kotthoff, H. (2006b): Lehrjahre des Europäischen Betriebsrates. Zehn Jahre transnationale Interessenvertretung, Berlin, edition sigma / Hans-Böckler-Stiftung;

Lecher, W.; Platzer, H.-W.; Rüb, S.; Weiner, K.-P. (1999): Europäische Betriebsräte – Perspektiven ihrer Entwicklung und Vernetzung, Baden-Baden, Nomos;

Marginson, P.; Hall M.; Hoffmann A.; Müller T. (2004): The impact of European Works Councils on management decision making in UK- and US-based multinationals. A case study comparison, in: British Journal of Industrial Relations, H. 2, S. 209–233;

Waddington, J. (2006): Was leisten Europäische Betriebsräte? – Die Perspektive der Arbeitnehmervertreter, in: WSI Mitteilungen, H. 10, S. 560–567.

Internetquellen

Schulten, T.; Seifert H.; Zagelmeyer S. (2002): Pacts for employment and competitiveness: The Adam Opel AG. Herausgegeben von European Foundation for the improvement of working and living conditions, *online verfügbar unter:*

<http://eurofound.europa.eu/areas/industrialrelations/pecs/pecs15.htm>, zuletzt geprüft am 26.03.2007.

Verhaltensregeln bei standortbezogenen Verhandlungen mit dem Management im europäischen Solidaritätsversprechen online:

www.gmworkersblog.com/content/download/191/1055/file/solidarity%20pledge%20DE.pdf

Richtlinie der EU-Kommission zu EBRs online:

http://ec.europa.eu/employment_social/labour_law/documentation_en.htm#12

Mit einem europäischen Produktionsmodell und dem Ausbau der Mitbestimmung aus der Krise: das Beispiel Opel¹

Manfred Wannöffel

GM-Opel wird bald wieder Opel werden. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass das Unternehmen, Betriebsräte, Gewerkschaften und die beteiligten Staaten gemeinsam ein nachhaltiges Fortführungskonzept für ein europäisches Produktionsmodell entwickeln. In der Zuspitzung der Krise beim Automobilhersteller Opel sehen das Management und der Gesamtbetriebsrat die Zukunft des Autobauers weiterhin in einer rechtlich selbstständigen, europäischen Geschäftseinheit, allerdings ohne sich komplett von General Motors zu lösen, weil der Zugang zu Zukunftstechnologien und Patenten beim amerikanischen Mutterkonzern zunächst erhalten bleiben soll. Mit dem zum 1. Juni 2009 unterzeichneten Vertrag sind nun erstmals nach 1929 die Voraussetzungen geschaffen, die deutsche Tochter Opel aus dem Mutterkonzern General Motors herauszulösen (Absichtserklärung). Der Kapitalbedarf dieser Herauslösungsstrategie unter staatlicher Regie wird auf 3,3 Mrd. Euro beziffert.

Mit diesen Überlegungen für ein europäisches Produktionsmodell unterscheidet sich Opel grundsätzlich vom Fall Nokia aus dem Jahr 2008. Die Verlagerung des wirtschaftlich gesunden Mobilfunkproduktionsstandortes aus Deutschland nach Rumänien hinterließ bei der Bevölkerung eine tiefe Verständnislosigkeit, darüber hinaus hohe gesellschaftliche Folgekosten durch gravierende Steuerausfälle sowie Massenarbeitslosigkeit mit wenigen Lösungsperspektiven. Die Verlagerung eines profitablen Betriebes sollte die Umsatzrendite des Konzerns weiter erhöhen und damit zuallererst die Erwar-

tungen der Anteilseigner erfüllen.

Diese Art von finanzmarktgetriebener Unternehmenssteuerung rüttelt seitdem immer gewaltiger an den Grundfesten der sozialen Marktwirtschaft und hat nun seit Herbst 2008 mit der Automobilindustrie auch eine der exportstarken, industriellen Leitbranchen der Bundesrepublik fest im Griff. Gerade das Zusammentreffen einer strukturellen Überproduktionskrise auf dem globalen Automobilmarkt, die auch dem massiven Ausbau von Produktionsstätten in Mittel und Osteuropa geschuldet ist, mit der globalen Finanzmarktkrise stellt in den nächsten Jahren eine enorme gesellschaftspolitische Herausforderung für Politik, Unternehmen und Gewerkschaften dar, die mit derjenigen der Weltwirtschaftskrise aus dem Jahr 1929 vergleichbar ist (vgl. Jürgens 2009 und Interview Abelshauser 2009). Die Lehren aus der Endphase der Weimarer Republik zeigen auf, dass ohne eine aktive Rolle des Staates bei der Krisenbewältigung sowohl im strategischen Bankensektor als auch in den industriellen Schlüsselbranchen² die gesellschaftlichen Folgekosten eines Dominoeffektes von Banken und Unternehmenspleiten nicht abschätzbar sind. Die gesellschaftlichen Folgekosten sind insbesondere dann schwierig zu prognostizieren, wenn das Ineinandergreifen von Überproduktions- und Finanzkrise auf ein potentiell erfolgreiches Industrieunternehmen wie Opel trifft. Dieses sieht sich trotz größter Restrukturierungsanstrengungen nach 2004 und der Entwicklung neuer, innovativer Produkte

¹ Zuerst erschienen in WISODirekt März 2009.

² Die Automobilindustrie beschäftigt ca. 800.000 Menschen und ist darüber hinaus mit unzähligen mittelständischen Zuliefer- und Dienstleistungsunternehmen vernetzt.

durch die jahrzehntelange Abhängigkeit vom hoch verschuldeten GM-Konzern in seiner Fortexistenz bedroht.³ Allein auf Grund dieser besonderen Konstellation sind temporäre Kapitaleinlagen von Bund und den beteiligten Bundesländern Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Thüringen notwendig, um das Unternehmen aus dem Mutterkonzern General Motors schrittweise herauszulösen und ein eigenständiges Produktionsmodell zu entwickeln. Dieses Produktionsmodell stellt einen unternehmensspezifischen, arbeitspolitischen und sozialen Kompromiss dar, an dessen Herausbildung alle maßgeblich involvierten Akteursgruppen beteiligt sind und über die Produktpolitik, die Produktionsorganisation und die Ausgestaltung der Arbeitsbeziehungen mitbestimmen. Das Produktionsmodell für Opel kann jedoch nicht in einem eigenständigen deutschen Modell münden (vgl. Interview Steinmeier 2009). Sowohl die Produktionsstätten von General Motors in den EU-Staaten Großbritannien, Belgien, Österreich, Polen, Schweden und Spanien wie auch andere kooperationsinteressierte europäische Automobilhersteller, das Netz der europäischen Opel-Händler und nicht zuletzt die steuerzahlenden Arbeitnehmer sind an der Entwicklung eines europäischen Produktionsmodells zu beteiligen. Dieser Kompromiss stellt deshalb keinen einmaligen Akt, sondern vielmehr einen langwierigen Aushandlungsprozess dar. Als Vorbild für einen derartigen sozialen Kompromiss kann das Volkswagen-Gesetz aus dem Jahr 1960 dienen.

Das VW-Gesetz – Beispiel für einen nachhaltigen sozialen Kompromiss

Das vom Deutschen Bundestag beschlossene VW-Gesetz trat im Jahr 1960 in Kraft,

als die Volkswagenwerk GmbH privatisiert und in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde. Ziel der Regelung war es, den Einfluss der staatlichen Seite auf die Entwicklung des spezifischen Produktionsmodells bei Volkswagen zu sichern. Dazu beschränkt das VW-Gesetz die Stimmrechte eines Aktionärs auf höchstens 20 Prozent, auch wenn – wie im Fall Porsche – einem Investor ein größeres Aktienpaket gehört (§ 2). Entscheidende Regelungen des Gesetzes beziehen sich auf die wirtschaftliche Mitbestimmung der Arbeitnehmerbank im Aufsichtsrat, die den Arbeitnehmervertretern mit dem Land zusammen eine qualifizierte Mitbestimmung einräumt. Produktionsverlagerungen oder Werksschließungen benötigen eine 2/3-Mehrheit im Aufsichtsrat (§ 4 Abs. 2). Und es bleibt bei der notwendigen Mehrheit von 80 Prozent plus eine Aktie für wichtige Unternehmensentscheidungen. Bislang stellt dieses Gesetz eine Einzigartigkeit in der deutschen Wirtschaft dar, die nur aus der Geschichte des Unternehmens zu erklären ist⁴: Mit dem VW-Gesetz verfügen Volkswagen und seine Beschäftigten über eine Grundlage, mit deren Hilfe sich die maßgeblichen Akteure im Interesse der Weiterentwicklung der jeweiligen Standorte verständigen können. Nicht nur die IG Metall setzt alles daran, dass das VW-Gesetz auch zukünftig erhalten bleibt, sondern auch die Reaktionen der Bundesregierung deuten auf deren Unterstützung hin: Trotz der Kritik des EuGH und des Großaktionärs Porsche verabschiedete der Deutsche Bundestag am 13. November 2008 den Neuentwurf des Gesetzes, in dem nach wie vor der besondere Einfluss der qualifizierten Mitbestimmung enthalten ist. Auch der Bundesrat stimmte dem Gesetz schließlich zu. Damit geht die Bundesregierung bewusst einen Konflikt mit dem EuGH und auch mit dem Mehrheitsaktionär Por-

³ GM weist für die Jahre 2007 und 2008 einen Gesamtverlust von 69,5 Mrd. US Dollar aus, während sich die Verluste von Opel für 2006/2007 auf 1,1 Mrd. Euro beziffern. Der Konzern hat jedoch seit 2001 7,6 Mrd. US Dollar in die Modernisierung der deutschen Standorte investiert und wehrt sich gegen den Vorwurf der Steuertrickserei (SZ vom 10.3.2009).

⁴ Der Aufbau des Volkswagenwerkes erfolgte 1938 auf der Grundlage des im Mai 1933 vollständig konfiszierten Vermögens des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB).

sche ein (vgl. Scharpf 2008).

In der aktuellen Debatte um Staatsbeteiligungen gilt es zu prüfen, ob der – im VW-Gesetz manifestierte – soziale Kompromiss in gleicher oder in ähnlicher Form auf diejenigen Unternehmen ausgeweitet werden kann, die öffentliches Geld über Beteiligungen des Staates oder der Bundesländer erhalten. Bei einem öffentlichen, finanziellen Engagement für einzelne Unternehmen ist in entsprechendem Umfang auch der Einfluss der Gesellschafter auf die Entwicklung der Produktionsmodelle durch Ausweitung der Mitbestimmung sicher zu erstellen. Ein erstes Beispiel für diesen Pfad ist die Übereinkunft zwischen der völlig überschuldeten Schaeffler-Gruppe mit der IG Metall am 23. Februar 2009. Hier gelang es der IG Metall, eine bedeutsame Ausweitung der Mitbestimmung mit der Beschäftigungssicherung zu verbinden.

Qualifizierte Mitbestimmung hat sich als Standortvorteil erwiesen

Mit der tiefen Legitimationskrise einer finanzmarktgetriebenen Unternehmenssteuerung ist die Chance für eine Ausweitung der qualifizierten Mitbestimmung seit der Verabschiedung der Montanmitbestimmung im Jahr 1951 noch nie so groß wie heute.

Die Auseinandersetzung über Staatsbeteiligungen forciert die Suche nach betriebsrätlichen und gewerkschaftlichen Konzepten zur Gestaltung von Produktionsmodellen. Im Zentrum steht die Frage, ob und wie Betriebsräte und Gewerkschaften auf die Entwicklung von Produktionsmodellen einwirken können. Der wirtschaftliche Erfolg von Volkswagen unterstreicht, dass gerade die Innovationsfähigkeit und die Kompetenzentwicklung der Beschäftigten Schlüsselfaktoren für den Unternehmenserfolg und die Beschäftigungsstabilität sind. Die Herausbildung einer innovativen Arbeitspolitik bei Volkswagen (vgl. Schumann 2008) wäre jedoch ohne die Rahmenbedingung des VW-Gesetzes überhaupt nicht möglich gewesen. Erst der im

Gesetz manifestierte soziale Kompromiss zwischen Management, Gewerkschaft und Staat machte dieses Unternehmen besonders stark für den globalen Wettbewerb.

Die qualifizierte Mitbestimmung stellt deshalb einen wesentlichen Baustein für den wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens und die Grundlage für die Entwicklung der Innovationskraft von Beschäftigten, Betriebsrat und Gewerkschaft dar (vgl. Wannöfel 2008). Qualifizierte Mitbestimmung ist eine notwendige Voraussetzung, unter vergleichsweise gesicherten Rahmenbedingungen innovative Produktionskonzepte entwickeln zu können. Permanenter Marktdruck und Angst vor Verlagerungen und Beschäftigungsabbau schaffen dagegen kein günstiges Klima für technologische und organisatorische Innovationen, wie die Arbeitspolitik von GM und Opel in den letzten Jahren leidvoll unterstreicht. In diesem Sinne stellen sowohl die gesetzlichen Rahmenbedingungen als auch die Ergebnisse innovativer Arbeitspolitik bei Volkswagen ein beispielgebendes Modell für weitere Unternehmen dar, die zukünftig – sei es temporär oder dauerhaft – mit öffentlichen Geldern ein gesellschaftlich verantwortliches, nachhaltiges Produktionsmodell entwickeln wollen.

Ausweitung der Mitbestimmung bei staatlicher Beteiligung

Unter der Bedingung einer staatlichen Beteiligung bei Opel liegen die Herausforderungen für Betriebsräte und IG Metall zukünftig in der aktiven Mitgestaltung eines wettbewerbsfähigen europäischen Produktionsmodells, mit strategischem Einfluss auf die Produktpolitik, die Produktionsorganisation und die Zusammenarbeit der europäischen Standorte. Der Staat kann vielleicht temporär dafür sorgen, dass Opel weiter Autos baut, aber er kann die Bürger nicht zwingen, auch Autos von Opel zu kaufen. Deshalb kommt zukünftig der Entwicklung von innovativen Produktlinien in einem veränderten Marktumfeld (Energie- und Um-

weltkrise) eine entscheidende Bedeutung zu. Sie entscheidet nicht nur über den Zugang zu Märkten, sondern auch über die Erschließung von neuen Marktsegmenten, die vornehmlich in der Kleinwagenklasse mit kleineren Verbrennungsmotoren, geringerem Gewicht und Verbrauch sparenden Technologien bei allen Fahrzeugkomponenten liegen. Die vordringlichsten Maßnahmen zur Energieeffizienz und zur kontinuierlichen CO₂-Reduktion im Kontext nachhaltiger Automobilität beziehen sich auf die Optimierung des Verbrennungsmotors, die Entwicklung alternativer Kraftstoffe, insbesondere der Elektromotorisierung, Hybridmotoren und der Brennstoffzelle (vgl. Jürgens 2009). Wenn Opel in Zukunft Elektroautos in Europa baut, wird das Unternehmen aufzeigen müssen, wie es als modernes Dienstleistungsunternehmen beispielsweise die Strominfrastruktur bereitstellen kann. Auch der Einstieg in ganz neue Produktlinien der Motoren- und Getriebefertigung für den Wachstumsmarkt der regenerativen Energien sollte dann nicht ausgeschlossen werden (vgl. Wannöffel et al. 2007).

Die Produktionsorganisation von Opel unterliegt seit vielen Jahren einem zuallererst marktgesteuerten Reorganisationsprozess, der Kostenreduktion mit Auslagerungen der Fahrzeugkomponentenfertigung, der Logistik, der Werkzeugherstellung und von Ausbildungsbereichen. Die Folgen waren ein massiver Abbau von Beschäftigung sowie das Schleifen von Arbeits- und Sozialstandards. Unter den Rahmenbedingungen staatlicher Beteiligung wird es zukünftig darauf ankommen, dass die qualifizierte Mitbestimmung bei der Bildung von strategischen Partnerschaften mit ausgelagerten Produktions- und Dienstleistungsbereichen und mit zukünftigen europäischen Produktionspartnern ausgebaut wird, um den Einfluss auf die Gestaltung von Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen wieder zurück zu gewinnen. Auch die Rückverlagerung von ehemals ausgelagerten Produktions-

und Dienstleistungsbereichen in das Unternehmen sollte nicht aus dem Blickfeld geraten.

Sozialer Kompromiss zwischen den europäischen Standorten

Die Entwicklung eines europäischen Produktionsmodells bezieht sich nicht nur auf den sozialen Kompromiss zwischen Vertretern der jeweiligen lokalen Managementgruppen mit Betriebsrat und Gewerkschaftsvertretern. Vielmehr schließt er sowohl das europäische Management als auch den Europäischen Betriebsrat, den Europäischen Metallarbeiterbund (EMB) und das in den letzten Jahren – mit Hilfe der Friedrich-Ebert-Stiftung entstandene – gewerkschaftliche Unterstützernetzwerk der Delta-Gruppe in die Debatte um ein zukunftsfähiges Produktionsmodell mit ein (vgl. Rott 2008). GM Europe und Opel stehen bislang für eine beispiellose Form europäischer Zusammenarbeit zwischen den Arbeitnehmervertretungen der einzelnen Länder. Immer wieder ist es den Arbeitnehmervertretern gelungen, trotz aller marktgetriebener Standortkonkurrenz, die europäische Kooperation vor die Einzelinteressen der jeweiligen Standorte zu stellen (vgl. Bartmann/Blum-Geenen 2006 und 2007). Dies war ein nicht immer einfacher Weg in Richtung vertrauensvoller, grenzüberschreitender Zusammenarbeit. Diese strategische Kompetenz der europäischen Arbeitnehmervertretungen für die Weiterentwicklung eines europäischen Produktionsmodells von Opel zu nutzen, stellt eine gemeinsame Herausforderung für Politik, Unternehmen, Gewerkschaften und Wissenschaft dar. Denn erst wenn dieser soziale Kompromiss zwischen den Standorten in Europa zustande kommt, dann hat auch das europäische Unternehmen Opel eine Zukunft.

Literatur

Bartmann, M./Blum-Geenen, S. (2006): The challenge of the solidarity pledge. General Motors Europe, in: Mitbestimmung – International Edition, S. 37–40;

Bartmann, M./Blum-Geenen, S. (2007): Where to locate production, in: Mitbestimmung – International Edition, S. 16–19;

Interview mit Werner Abelshauser in der Süddeutschen Zeitung (SZ) vom 02.03.2009;

Interview mit dem Außenminister Franz-Walter Steinmeier im Deutschlandradio am 21.02.2009;

Jürgens, U. (2009): Es wird an den Grundfesten gerüttelt, in: WZB-Mitteilungen 123, 3/2009, S. 42f.;

Rott, V. (2008): Europäische Kooperation und Solidarität. Eine Analyse der Bedingungen für die Kooperation von Arbeitnehmervertretern am Beispiel der Delta Gruppe bei General Motors Europe, Münster;

Scharpf, F. (2008): Der einzige Weg ist, dem EuGH nicht zu folgen, in: Mitbestimmung 7+8, S. 18–23;

Schumann, M. (2008): Kampf um Rationalisierung. Suche nach neuer Übersichtlichkeit, in: WSI-Mitteilungen, 60. Jg., Heft 7, S. 379-386;

Süddeutsche Zeitung (SZ) vom 10.3.2009;

Wannöffel, M. et al. (2007): „Öko-Branche“ im Aufwind - Erkenntnisse aus einer explorativen Studie, in: Gemeinsame Arbeitsstelle RUB/IGM (Hg.): Dialog Nr. 3 2007, Bochum;

Wannöffel, M. (2008): Qualifizierte Mitbestimmung als Herausforderung für Politik und Gewerkschaften, Bonn.

KonsumGlobal

Die Stadtführung zum Thema Konsum & Globalisierung

Jochen Dallmer

Was hat mein Hamburger mit dem Regenwald und mein Handy mit dem Kongo zu tun? Warum kostet ein T-Shirt weniger als eine Fahrkarte in die nächste Stadt? Die etwas andere Stadtführung bietet Antworten auf diese Fragen und regt zu weiteren Diskussionen und konkreten Taten an!

Das Projekt KonsumGlobal zeigt in seiner Umsetzung, dass die Themen Konsum und Globalisierung durchaus für viele Jugendliche interessant sind und zum Engagement einladen. Hierbei sind die besondere Aktionsform und die Struktur des Projektes (von Jugendlichen für Jugendliche) von zentraler Bedeutung. Das Projekt wurde nicht „am Schreibtisch“ konstruiert, sondern wuchs in der praktischen Arbeit, basierend auf der glücklichen Kombination von Methoden, Thema, Zeit und Aktiven.

Vor Ort entwickeln Teams aus ehrenamtlich aktiven, jungen Menschen Stadtführungen zum Thema nachhaltiger Konsum und führen diese in ihrer Stadt durch. Die etwa zweistündigen Rundgänge bieten an unterschiedlichen Stationen (z.B. Einzelhandel, Weltläden) fundierte Informationen über die Zusammenhänge zwischen dem eigenen Konsumverhalten und Lebensstil einerseits und den globalen ökologischen und sozialen Auswirkungen andererseits. Die Rundgänge regen dazu an, Konsumverhalten und Lebensgewohnheiten zu überdenken und zeigen konkrete nachhaltige – d.h. ökologische, faire, regionale – Alternativen auf.

Von der Idee zum Projekt

Entstanden ist die Idee der Stadtführung im Jahr 2002/2003. Einige der bei JANUN, dem Jugendumweltnetzwerk Niedersachsen, aktiven Jugendlichen befassten sich mit der Frage, wie kritische Aspekte der

Globalisierung konkret anschaulich zu machen sind – die interaktive Stadtführung war geboren. Erste Führungen zeigten das Potential der Idee, und der Erfolg der Methode setzte mit der weiteren Ausarbeitung ein. Maßgeblich beteiligt war hier Christina Bantle, die ihre Diplomarbeit der Stadtführung widmete (Bantle 2003) und von 2003-2005 bei JANUN hauptamtlich für das niedersächsische Projekt KonsumMensch arbeitete. Eine hilfreiche Evaluation mit Hinweisen auf die Ausgestaltung erhielt das Projekt ebenso durch die Diplomarbeit von Julia Werner (Werner 2005).

Im Jahr 2003 gab es eine erste öffentlich Anerkennung mit der Auszeichnung „Fit for Fair“ der Otto-Brenner-Stiftung. 2006 folgte der Jugendpreis für Bürgerengagement in Niedersachsen. Damit verbunden waren Medienberichte und eine steigende Zahl von Anfragen sowie ein Zulauf von Aktiven. Die weitere Entwicklung des Projektes führte zur Auszeichnung als „Dekadeprojekt“¹ für die Zeiträume 2007-2008 und 2009-2010.

Das Projekt KonsumGlobal wird vom Jugendumweltnetzwerk Niedersachsen JANUN und der BUNDjugend durchgeführt. Seit dem Projektstart 2007 wurden bundesweit in über 20 Städten Stadtführungsgruppen initiiert. Bis Ende 2009 werden ca. 250 Jugendliche als Stadtführerinnen und Stadtführer ausgebildet und bundesweit ca. 600 Führungen mit ca. 10.000 Teilnehmenden durchgeführt. Das Projekt wird gefördert durch Mittel des BMU/UBA. Eine Übersicht der Städte und aktuelle Termine, Angebote, Veranstaltungen finden sich im Internet unter www.konsum-global.de.

¹ offizielles Projekt der Weltdekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“

Zielsetzung des Projektes

Primäres Ziel der KonsumGlobal Stadtführung ist es, den Teilnehmenden die globalen Effekte unseres lokalen Konsums bewusst zu machen, Auswirkungen der Globalisierung zu verdeutlichen. Vielen Verbraucherinnen und Verbrauchern ist nicht bewusst, auf welche Weise tägliche Kaufentscheidungen Auswirkungen auf andere Regionen in dieser Welt haben. Ökologische und soziale Folgen von Produktion und Transport sind vielfach global vernetzt und werden beim Kauf (bzw. durch die Vermarktung) ausgeblendet.

Jugendliche tragen dabei heute mit beträchtlichem wirtschaftlichen Potential zur Ausgestaltung bestehender und zukünftiger Konsumstrukturen bei und werden von den Firmen als junge Konsumenten und zukünftige Kunden massiv umworben. Sie beeinflussen mit ihrem Kaufverhalten nicht nur aktuelle Verhältnisse, sondern auch zukünftige Gegebenheiten. Durch die Stadtführung erhalten die Teilnehmenden die Möglichkeit, ihr eigenes Handeln in einem erweiterten Zusammenhang zu sehen. Wichtig ist dabei, die Globalisierung als einen vielschichtigen Prozess zu vermitteln, der nicht nur wirtschaftliche, sondern auch ökologische und soziale Auswirkungen hat. Es wird angestrebt, ihnen die Grundlagen für eine kritische Reflexion ihres Handelns und Anregungen zu Möglichkeiten eines veränderten Konsumverhaltens zu geben.

Die Erfahrung der Jugendumweltbildung, wie sie von JANUN und der BUNDjugend betrieben wird, zeigt, dass etliche junge Menschen durchaus eine große Sensibilität für ökologische und soziale Themen besitzen. Sie sind daran interessiert, über entsprechende Zusammenhänge Bescheid zu wissen und damit ihren Handlungsspielraum zu erweitern. Mit jungen Menschen diese Zusammenhänge zu reflektieren, ist jedoch oft schwierig. Erwachsene (Lehrerinnen und Lehrer, Eltern,...) erfahren wenig Akzeptanz bei diesen Fragen, da für Jugendliche auch Identitätsfragen mit Kon-

sumententscheidungen verbunden sind. Das Projektvorhaben der konsumkritischen Stadtführung setzt daher darauf, dass Gleichaltrige einen kritischen Reflektionsraum schaffen, der die Jugendlichen zu einer Auseinandersetzung mit dem Thema einlädt und gleichzeitig mit einer Handlungsorientierung verknüpft. Dabei stützt sich das Projekt auf die Konzepte des „Globalen Lernens“ und der „Bildung für nachhaltige Entwicklung“.

Zielgruppe(n) des Projektes

Teilnehmende der Führungen

Primäre Zielgruppe der KonsumGlobal-Führung sind Jugendliche ab 14 Jahren. Das Interesse an politischen Themen ist in dieser Altersgruppe schon ausgeprägt, zudem konnten sie im Schulunterricht schon einige Vorkenntnisse zu den angesprochenen Themen erwerben, die jedoch meist auf einzelne Fächer begrenzt sind. Die Führung soll deshalb fächerübergreifend sein und das reguläre schulische Angebot ergänzen.

Darüber hinaus steht die Stadtführung auch allen anderen interessierten Gruppen offen. Je nach Vorkenntnissen der Gruppe sowie auf ihren Wunsch hin können verschiedene Schwerpunkte innerhalb der Führung gesetzt werden, z.B. auf das Thema Kleidung oder Lebensmittel.

Leitung der Führungen, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren

Die Leitung der KonsumGlobal-Führung erfolgt durch junge Ehrenamtliche des Projektes. Neben der Leitung von Stadtführungen sind sie auch bei der Ausarbeitung und Weiterentwicklung der lokalen Führung oder im Rahmen ergänzender lokaler Projekte aktiv.

Zur Qualifikation als Stadtführerin bzw. als Stadtführer werden jeweils zweitägige Workshops ausgerichtet. In diesen lernen die Jugendlichen die Stadtführung kennen. Sie werden mit den Inhalten, der Methode und dem Konzept der Führung vertraut und probieren sich unmittelbar selber als Stadt-

führende aus. Außerdem stehen eine Auseinandersetzung mit den eigenen Zielen sowie eine erste Projektplanung für die Weiterarbeit vor Ort auf dem Programm.

Um die Qualität der Inhalte zu gewährleisten und gleichzeitig die Einstiegsvoraussetzungen für Interessierte möglichst gering zu halten, wird ihnen ein Startpaket zur Verfügung gestellt. Dieses enthält eine Handreichung mit einer Beschreibung der einzelnen Stationen und Anregungen zur Umsetzung sowie Hintergrundinformationen zu den behandelten Themen. Auch die benötigten Materialien bzw. die Vorlagen werden den Leitenden zur Verfügung gestellt. Im Laufe des Projektes werden sie mit entsprechenden Aktualisierungen versorgt.

Zusätzlich erhalten sie organisatorische und inhaltliche Unterstützung durch das Projektteam von JANUN und der BUNDjugend. Dazu gehören auch die Vernetzung mit anderen Stadtführungsgruppen sowie ergänzende Veranstaltungen zum Thema, um das Engagement der Jugendlichen zu unterstützen.

Von Jugendlichen, für Jugendliche

Die Beteiligung von Jugendlichen ist ein grundlegender Bestandteil des Konzeptes der KonsumGlobal-Führung: Sie ist nicht nur ein Angebot *für* junge Leute, sondern auch eines *von* ihnen.

Jugendliche sind an der konzeptionellen und inhaltlichen Arbeit maßgeblich beteiligt. Die Inhalte und Methoden der einzelnen Stationen werden gemeinsam vorbereitet und ausgearbeitet. Regelmäßig stattfindende Treffen der Aktiven dienen dem gegenseitigen Informationsaustausch sowie der gemeinsamen Ideenfindung und Konzeptentwicklung.

Diese Ausrichtung war bereits in der Entwicklung der Stadtführung elementar und zeigt sich immer wieder als zentraler Faktor bei der Umsetzung des Projektes vor Ort. So können die Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowohl ihre inhaltliche Ausein-

dersetzung mit dem Thema in neue Schwerpunkte transferieren als auch kreative Talente und Vorstellungen bei der Ausgestaltung der Führung einbringen. Dies führt zu dem Ergebnis, dass die Stadtführungen vor Ort lebendiger sind und eventuelle regionale/lokale Besonderheiten in Betracht gezogen werden.

Inhalte und Schwerpunkte der Führung

Das Thema „Globalisierung“, mit dem sich die Stadtführung auseinandersetzt, wirkt sich auch auf den Alltag von Jugendlichen aus: Durch die Benutzung des Internets, durch Freunde unterschiedlicher nationaler Herkunft, durch das McDonalds-Restaurant als Treffpunkt in der Innenstadt. Zudem beschäftigt sich die Stadtführung mit wesentlichen Teilen des Alltagslebens von Jugendlichen, z.B. Kleidung und Handys. Damit ist auch die Verbindung zum zweiten Schwerpunktthema, dem Konsumverhalten, geschaffen. An dieser „Anschlussstelle“ von Globalisierung und Konsum setzt die Stadtführung an. Denn die vorgestellten Marken, Geschäfte etc. sind den Jugendlichen nicht nur bekannt, sie spielen darüber hinaus eine wichtige Rolle in ihrem Leben. Dass die Werte und die Symbolik „ihrer“ Marken, welche Jugendlichen durch die Werbung der Unternehmen vermittelt wird, in den meisten Fällen der Realität der Produktionsbedingungen widerspricht, ist jedoch den wenigsten bewusst.

Im Rahmen der KonsumGlobal-Führung werden exemplarisch die Produktionsbedingungen einiger von Jugendlichen konsumierter Produkte vorgestellt. Die weltweiten und lokalen Auswirkungen unseres Konsums, deren Wechselwirkungen und Zusammenhänge sollen verdeutlicht und mit den Teilnehmenden diskutiert werden. Dabei werden positive Beispiele und Alternativen im Produktangebot aufgezeigt.

Im Rahmen der Stadtführung ist es dabei unvermeidlich, bestimmte Handelsketten, Dienstleistungsanbieter bzw. Marken namentlich zu nennen. Diese werden unter

anderem nach ihrer Bedeutung im Alltagsleben der Jugendlichen ausgewählt. Die Stadtführung soll jedoch nicht zu einer Kampagne gegen bestimmte Markenhersteller werden. Es sollen stattdessen ergänzende Fakten vorgestellt werden, um gemeinsam mit den Teilnehmenden die Diskrepanz zwischen dem Glanz der Konsumgesellschaft, der verführerischen Werbung der Marken und den tatsächlichen Gegebenheiten zu diskutieren. Wichtig ist, dass bei jeder Station das Vorhandensein eigener Einflussmöglichkeiten verdeutlicht wird. Glaubwürdige, möglichst vielseitige und aktuelle Quellen der vermittelten Fakten sind von hoher Bedeutung. Es soll weder ausschließlich die Position der Kritiker, noch die der Konzerne selbst präsentiert werden, stattdessen sollen beide Aussagen verglichen werden. Damit sich die Jugendlichen ihr eigenes Bild machen und die jeweilige Glaubwürdigkeit beurteilen können, müssen ihnen die Angaben bzw. Standpunkte beider Seiten zur Verfügung stehen!

Methoden

In der KonsumGlobal-Führung soll eine „frontale“ Belehrung durch die Führende bzw. den Führenden so weit wie möglich vermieden werden. Wichtig ist deshalb vor allem, Möglichkeiten zur aktiven Beteiligung der Teilnehmenden zu schaffen. Hierzu werden interaktive Methoden eingesetzt, die sowohl eine interessante Vermittlung bieten wie auch die Inhalte anschaulich machen. Dazu zählt auch die Visualisierung der vorgestellten Fakten durch den Einsatz von Bildern und Grafiken.

Erwünscht sind ebenso Beiträge der Jugendlichen (eigene Erfahrungen, Beispiele, Wissen) sowie Diskussionen untereinander, soweit im Rahmen der Führung möglich. Gerade das Auslösen von Diskussionen wird als Ergebnis des Anstoßes zur eigenen Auseinandersetzung gesehen. Es ist anzunehmen, dass diese Diskussionen auch außerhalb der Stadtführung weitergeführt werden, im Freundeskreis, der Schule oder zuhause.

An vielen Stellen der Stadtführung werden die Jugendlichen daher um eine Einschätzung gebeten, bzw. es werden Ideen und Vorschläge erfragt, etwa wenn es um konkrete Alternativen im Konsumverhalten oder Handlungsmöglichkeiten geht. Damit wird ein Unterschied zu klassischen Bildungsangeboten deutlich, an dessen Ende oft „das richtige Ergebnis“ bzw. das eindeutige Lernziel steht.

Verlauf der Stadtführung

In einer Führung von 90-120 Minuten Dauer werden in der Regel 4-6 Stationen angelaufen. Zum größten Teil sind es Filialen welt- bzw. europaweit verbreiteter Handelsketten. Der übrige Teil sind Geschäfte bzw. Einrichtungen, deren Angebot auf eine bestimmte Produktgruppe ausgerichtet ist. Die Stationen sind jeweils einem übergeordneten Themenkomplex zugeordnet (z.B. „Kleidung“). Die unterschiedlichen Geschäfte bzw. Dienstleistungsanbieter, die vorgestellt werden, stehen (in den meisten Fällen) beispielhaft für ihre Branche und sollten abwechselnd „angelaufen“ werden. Es geht nicht um eine Brandmarkung spezifischer Geschäfte oder Markenprodukte, sondern um eine Aufklärung über bestimmte Produkttypen.

An jeder der Stationen werden negative und positive Aspekte sowie vergleichbare Beispiele zur Sprache gebracht. Dabei sollen gemeinsam mit den Teilnehmenden Einflussmöglichkeiten entdeckt werden, die man selbst als Kunde hat und die zu einer Änderung ungewollter Zustände bzw. der Unterstützung positiver Ansätze dienen können.

Hintergrund: unseren Lebensstil überdenken

Schon seit vielen Jahren steht der hiesige Lebensstil zur Debatte. Der hohe Ressourcenverbrauch und die globalen Auswirkungen werden immer wieder aufgezeigt, von kritischen Wissenschaftlern, Philosophen, Intellektuellen und Künstlern. 1972 wurde mit dem Bericht „Grenzen des Wachstums“

des *Club of Rome* das Thema der Nachhaltigkeit erstmals breit diskutiert. Anfang der 90er Jahre bekam diese Debatte mit der Konferenz von Rio und dem dortigem Beschluss der „Agenda 21“ einen neuen Schub, der bis heute anhält:

„Seit der *Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung*, die 1992 in Rio stattfand, gilt „nachhaltige Entwicklung“ als zentrales Leitbild für künftiges globales Handeln. [...] Dazu gehört zum Beispiel die Berücksichtigung des „ökologischen Rucksacks“, der die Umweltkosten eines Produkts beschreibt. [...] Der „ökologische Fußabdruck“ ist ein Modell, um den gesamten Verbrauch eines Menschen oder einer Nation anschaulich zu machen. [...] Die Lebensweise der Industrieländer widerspricht dem Prinzip einer „ökologischen Gerechtigkeit“ (BMU 2007, S. 9).

Die Grundlagen dieser Überlegungen, die Probleme der globalen Ungleichheit und des Ressourcenverbrauchs sind inzwischen vielfach belegt und akzeptiert:

„Europäer und Nordamerikaner bilden zusammen etwa ein Fünftel der Menschheit. In ihren Ländern herrscht ein Wohlstand, von dem die meisten Menschen auf der Südhalbkugel nur träumen können. Für ihren Lebensstil plündern die Reichen die Ressourcen der Erde, die eigentlich allen gehören. [...] Dem übermäßigen Ressourcenverbrauch der Industriestaaten entspricht ihr Anteil an den globalen Umweltproblemen. Deshalb haben sich die Produktions- und Konsummuster zuerst hier zu ändern“ (ebd., S. 37).

Diese deutliche Zustandsbeschreibung zeigt gleichzeitig die Herausforderung:

„Nachhaltigkeit bedeutet somit, über das kurzfristige hinaus in mittel- und langfristigen Zeithorizonten zu denken. [...] Nachhaltigkeit heißt zudem, über die eigene Betroffenheit hinaus in globalen Zusammenhängen zu denken und zu handeln. Insofern ist

sie eine Art Fairnessvertrag zwischen Nord und Süd“ (BMU 2006, S. 11).

Die Änderung „unseres“ Lebensstils ist ein zentrales Element der Idee der Nachhaltigkeit. Der „Bioboom“ der letzten Jahre markiert hier eine neue Entwicklung, die langsam auch in den Massenmarkt reicht. Parallel dazu haben sich NGOs stärker dem Thema Konsum zugewandt und eine Reihe von Publikationen erschien am Markt, welche Aufklärung und Alternativen kombinierte (etwa: Busse 2006, Grimm 2006, Hickman 2006, Schlumberger 2007 oder Werner/Weiss 2006).

Nachhaltiger Konsum ist „in“

In den letzten Jahren hat das Thema „nachhaltiger Konsum“ enorm an Beliebtheit gewonnen. Fast jeder Supermarkt hat eine Bio-Ecke, Bild gibt gemeinsam mit C&A Unterhosen aus Biobaumwolle heraus und Porsche bietet sein SUV-Modell Cayenne inzwischen auch als Hybridversion an. Nicht zuletzt hat das Thema Klimawandel die Debatte beeinflusst - jede Tätigkeit und jedes Produkt ist inzwischen mit einer CO₂-Bilanz versehen.

Kritisch zu beleuchten ist dabei, was wirklich als nachhaltige Alternative gelten darf und wo es sich eher um eine vorübergehende Mode handelt, bei der Produkten die Umweltfreundlichkeit bestätigt wird (Stichwort „Greenwashing“) und wir derweil „fröhlich weiter konsumieren“ (man vergleiche die kritische Diskussion über die LOHAS).

Nicht selten bleibt bei der Debatte um nachhaltigen Konsum die Reflexion der eigenen Lebensweise auf der Strecke. So steht weder der grundlegende Verbrauch von Ressourcen infolge unseres Konsumhunger zur Debatte, noch wird die Kommerzialisierung von immer mehr Lebensbereichen und die „Haben-Kultur“ thematisiert. Wenn ich meine 40 Kleidungsstücke bio-fair kaufe, ist ebenso alles OK, wie wenn mein Hamburger mit Biofleisch gemacht ist!

Oder? Die Nachhaltigkeit des Lebensstiles im ökologischen Sinne und auch die ethische Komponente im globalen, sozialen Sinne ist notwendig und beinhaltet immer auch die Frage „Was brauche ich wirklich?“.

Tanja Busse, Autorin des Buches „Einkaufsrevolution“, schreibt dazu:

„Grüner Konsum darf sich nicht in Gesundheit, Wellness und Ökoschick erschöpfen. Wir brauchen nicht nur Lohas, wir brauchen Politik. Für sich alleine schöne Sachen kaufen ist nur die individualistische Verkürzung des verantwortungsvollen Konsumierens – und noch nicht der große Wurf zur Weltverbesserung! [...] Schöner kaufen reicht nicht. Das ist erst der Anfang“ (Greenpeace 2008, S. 52).

Ansatz des Projektes KonsumGlobal ist es dementsprechend, auch die zunehmende Kommerzialisierung des Lebens zu hinterfragen. Beispielhaft für diesen Zustand ist ein Satz der Shell Jugendstudie: „Um im Freundeskreis und in der Freizeit Spaß haben zu können, brauchen die Jugendlichen Geld“ (Shell Jugendstudie 2006, S. 85). Die Gleichung ‚Spaß haben geht nur mit Geld‘ sollte für uns mehr als fraglich sein! Das gilt auch, wenn ethisch korrekt gekauft wird.

Generation Global - KonsumGlobal

Jugendlichen kommt immer eine besondere Rolle in Fragen von Globalisierung, Umweltschutz, globaler Gerechtigkeit zu. Sie wachsen in Zeiten der so genannten „Globalisierung“ auf und sie sind sich dessen zunehmend bewusst. Bei einer Befragung im Rahmen der Jugendstudie 2006 haben auf die Frage „Ob sie schon was von Globalisierung gehört hätten“ mit „Ja“ geantwortet: 15-17-Jährige 60 Prozent, 18-21-Jährige 79 Prozent, 22-25-Jährige 81 Prozent (ebd., S. 163). Dazu erläutern die Autoren der Studie:

„Es dürfte außer Frage stehen, dass die mit der Globalisierung verbundenen Prozesse nicht nur die Jugendlichen etwas angehen,

sondern im Einzelnen von ihnen intensiv wahrgenommen werden [...]. Was fehlt ist allerdings das Wissen um die Zusammenhänge und über die damit verbundenen Probleme. Das Leitmotiv ‚Global denken, lokal handeln‘ der dezentralen ‚Agenda 21‘ bringt aus unserer Sicht die mögliche Verknüpfung von jugendlichen Lebenswelten und dem ‚großen Thema‘ Globalisierung gut auf den Punkt. Die vorliegenden Ergebnisse sprechen allerdings eher dafür, dass die damit verbundenen Überlegungen für eine nachhaltige Entwicklung bisher in der Breite noch wenig Eingang in die jugendlichen Lebenswelten gefunden haben“ (ebd., S. 163f.).

Der Soziologe Ulrich Beck beschreibt seinerseits eine „Generation Global“, die sich mit der Herausforderung des umfassenden Wandels auseinandersetzt. Sie ist „eine selbstbewusste Generation Global, die ein grenzübergreifendes Weltbild und Selbstbild entwickelt, und damit auch eine eigene Symbolik und Sprache, eigene Ziele und Aktionsformen“ (Beck 2007, S. 237 ff).

Die Jugendlichen kämpfen allerdings schwer mit den Unterscheidungen und Trennlinien in dieser unübersichtlichen globalisierten Welt; erst recht mit den Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten sowie den Paradoxien und Widersprüchen des eigenen Lebens im globalisierten Erfahrungsraum. Die Formel „global denken, lokal handeln“ ist zwar Handlungsprämisse, aber oftmals nicht einfach zu bestimmen und zu realisieren. Die Frage nach einer *selbstbewusst politischen* Generation Global lässt Ulrich Beck in seinem Buch dementsprechend auch offen.

Das Projekt KonsumGlobal hat zum Ziel, hier einen Ansatz zu bieten: Zusammenhänge aufzeigen, Handlungsmöglichkeiten deutlich machen, eigene Verantwortung benennen und zum bewussten Konsum auffordern.

Literatur

BMU (2007): Aus Verantwortung für die Zukunft, S. 37;

Bantle, C. (2003): Konzeptentwicklung und Umsetzungsplanung für eine Stadtführung zu den Themen Ressourcenkompetenz und Globalisierung am Beispiel Hannover, Diplomarbeit, Fachhochschule Lippe und Höxter;

Beck, U. (2007): Generation global, Frankfurt/Main, S. 237 ff;

Busse, T. (2006): Die Einkaufsrevolution. Konsumenten entdecken ihre Macht, München;

Greenpeace Magazin 4.08, S. 52;

Grimm, F. (2006): Shopping hilft die Welt verbessern. Der andere Einkaufsführer, München;

Hickman, L. (2006): Fast Nackt. Mein abenteuerlicher Versuch ethisch korrekt zu leben, München;

Schlumberger, A. (2007): 50 Einfache Dinge die Sie tun können, um die Welt zu retten und wie Sie dabei Geld sparen, Frankfurt am Main;

Shell Jugendstudie 2006;

Werner, J. (2005): Die Wahrnehmung sozialer Gerechtigkeit und deren Folgen für Konsum-einstellungen und -verhalten bei Jugendlichen Eine Evaluationsstudie zur globalisierungskri-tischen Stadtführung, Diplomarbeit, Institut für Psychologie und Arbeitswissenschaften, TU Berlin;

Werner, K./Weiss, H. (2006): Das neue Schwarzbuch Markenfirmen, aktualisierte Auflage, Wien.

Autoren- und Referentenverzeichnis

Markus Bauer

Dipl.-Sozialwissenschaftler, Adam Opel GmbH, wiss. Mitarbeiter beim Betriebsrat Bochum

Jochen Dallmer

Dipl.-Politologe, Projektleitung Konsum global, JANUN e.V.

Veronika Dehnen

Dipl.-Sozialwissenschaftlerin, Hans-Böckler-Stiftung, Studienförderung

Bernhard Janicki

Förderverein Zeche Hannover, ehemaliger Steiger

Ulrike Kleinebrahm

1. Bevollmächtigte der IG Metall Bochum

Franz Lehner

Prof. Dr., Lehrstuhl für angewandte Sozialforschung, Fakultät für Sozialwissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum

Jürgen Mittag

Dr., Geschäftsführender Leiter des Instituts für soziale Bewegungen und der Bibliothek des Ruhrgebiets

Michael Müller

Adam Opel GmbH, Betriebsrat Bochum

Werner Oesterheld

DGB Bildungswerk e.V.

Daniela Tieves

Dipl. Sozialarbeiterin/Dipl. Sozialpädagogin (FH), wissenschaftliche Hilfskraft der Gemeinsamen Arbeitsstelle RUB/IGM

Manfred Wannöffel

Dr., Geschäftsführender Leiter der Gemeinsamen Arbeitsstelle RUB/IGM